

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Aktueller ICP- Menschenrechtsbericht erschienen

Die *International Coalition for Papua* (ICP) und das *Westpapua-Netzwerk* (WPN) haben einen Bericht mit dem Titel "*Human Rights and Conflict Escalation in West Papua*" veröffentlicht. Die 258-seitige Dokumentation gibt einen umfassenden Überblick über die Menschenrechts-, Konflikt- und Entwicklungssituation in Westpapua für den Zeitraum von Januar 2017 bis Dezember 2018.

Der englischsprachige Bericht beider Organisationen zeigt, wie Menschenrechtsverletzungen und bewaffnete Konflikte in Westpapua ein bisher kaum gesehenes Ausmaß erreicht haben. Westpapua wird somit zu einem neuen Brennpunkt in Indonesien und im asiatisch-pazifischen Raum.

Der mit Grafiken, Schautafeln und teils schwer zu ertragenden Farbfotografien reich bebilderte Bericht behandelt die Menschenrechts-, Konflikt- und Entwicklungssituation in den östlichen indonesischen Provinzen Papua und Papua Barat im westlichen Teil der Insel Neuguinea.

Die ICP und das WPN veröffentlichen diesen bereits sechsten gemeinsamen Bericht nach mehr als zwei Jahren umfassender Dokumentations- und Forschungsarbeit in enger Zusammenarbeit mit lokalen Gruppen in Westpapua und Indonesiens Hauptstadt Jakarta. 27 Akteure – bestehend aus lokalen, nationalen wie internationalen Nichtregierungsorganisationen, religiösen Organisationen und internationalen Experten – haben an dem Bericht mitgearbeitet. So ist es gelungen, eine umfassende und genaue Zusammenstellung von den Ereignissen der letzten Jahre zu veröffentlichen.

„Das Muster der Menschenrechtsverletzungen unterscheidet sich

aufgrund des ungelösten politischen Konflikts und der schwerwiegenden Entwicklungsdefizite markant von anderen Regionen des Archipels“, erklärte der australische Jurist Peter Prove, Direktor für internationale Angelegenheiten beim Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf (Schweiz).

Weiter andauernde Einsätze durch Sicherheitskräfte im Hochland Westpapas und Ausbrüche ethnischer Gewalt als Reaktion auf Übergriffe gegen Studierende aus Westpapua im Jahr 2019 werfen dunkle Schatten auf das Image von *‘kultureller Vielfalt und wirtschaftlichem Fortschritt’*, welches die indonesische Regierung von Westpapua nach außen hin propagiert.

Unter Verwendung von Indikatoren beschreibt der Bericht Fort- und Rückschritte in Westpapua und untersucht, welche Veränderungen die indonesische Regierung bei der Bekämpfung bestehender Defizite in den Provinzen erreicht hat.

Stigmatisierung und Rassendiskriminierung indigener Papua haben in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens nach wie vor tiefgreifende Auswirkungen, insbesondere auf schutzbedürftige Gruppen wie indigene Gemeinschaften und Frauen. Während die Regierung weiterhin daran scheitert, dauerhafte Lösungen für den lang anhaltenden politischen Konflikt in Westpapua umzusetzen, bleibt der Kreislauf der Gewalt bestehen.

„Die steigende Zahl von Todesopfern unter Zivilisten und Mitgliedern beider bewaffneter Gruppen in dem Konflikt deuten darauf hin, dass sich die Konfliktsituation in Westpapua seit 2018 erheblich verschärft hat“, erklärte Adrien-Claude Zoller, Präsident der Schweizer Menschenrechtsorganisation *„Geneva for Human Rights“*.

Diese Beobachtung wird von zahlreichen Berichten im Jahr 2019 gestützt, in denen Nichtregierungsorganisationen von der zunehmenden Zahl Vertriebener aus den Konfliktgebieten berichten.

Ungeachtet der wachsenden Spannung zwischen indigenen Papua und Migranten aus anderen Teilen Indonesiens und der Eskalation des gewalttätigen Konflikts, vertritt die indonesische Regierung weiterhin den Standpunkt, dass die Probleme in Westpapua rein wirtschaftlicher Natur sind. In dem neuen Bericht wurden daher auch Empfehlungen von Staaten, zwischenstaatlichen Organisationen und international anerkannten Experten zu verschiedenen thematischen Aspekten zusammengestellt. *„Diese Empfehlungen sollen dazu beitragen, Menschenrechtsverletzungen zu bekämpfen, eine menschenorientierte Entwicklung zu stärken und den Kreislauf des bewaffneten Konflikts zu durchbrechen“*, sagte Norman Voß, Koordinator des ICP-Sekretariats in Wuppertal.

Der Bericht kann hier kostenfrei heruntergeladen werden:

<https://www.humanrightspapua.org/hrreport/2020>

(Pressemittteilung der ICP 11.02.20, eigene Recherche)

Bevölkerungsentwicklung in den französischen Überseegebieten

Das französische Überseeministerium hat im Februar aktuelle Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung in den französischen Überseegebieten in der Karibik und im Pazifik veröffentlicht.

Für **Neukaledonien** ergibt sich folgendes Bild: Lag die Rate von SeniorInnen ab 60 Jahren im Jahr 1976 noch bei 6,1 % der Gesamtbevölkerung, stieg diese bis zum Jahr 2014 rapide an: Für dieses Jahr ergab sich ein Bevölkerungsanteil an älteren Menschen in Höhe von 12,5 %. Das hat das *Institut de la statistique de la Nouvelle-Calédonie* (ISEE) ermittelt. Nach Angaben von ISEE wird im Jahr 2030 bereits jeder fünfte Bewohner der Inseln über 60 Jahre alt sein. Außerdem werde sich der Anteil der über 80-jährigen BürgerInnen bis 2030 verdreifachen. Den relativ hohen Anteil der sehr alten Menschen begründet das

Institut mit der traditionellen Lebensweise auf einigen Inseln Neukaledoniens. Hier lebten die Menschen im engen Generationenverbund und würden von Angehörigen gut versorgt und betreut.

In **Französisch-Polynesien** verzeichnet das Institut einen allgemeinen Rückgang der Geburtenrate. Im Jahr 1988 betrug der Anteil der über 60-Jährigen an der Bevölkerung 5 %. Heutzutage sind 12 % aller EinwohnerInnen über 60 Jahre alt und im Jahr 2027 werden 17 % (ca. 55.000 Menschen) über 60 Jahre alt sein, wie das ISEE errechnet hat. Um der demographischen Entwicklung gerecht zu werden, hat Franz.-Polynesien bereits im April 2019 ein Programm namens „*Aidant fétif*“ auf den Weg gebracht. Das ist eine Art Nachbarschaftshilfe, bei der jeweils ein Familienmitglied dazu aufgerufen wird, sich um hilfsbedürftige Familienmitglieder oder nahe Angehörige zu kümmern.

In **Wallis und Futuna** lebten im Jahr 2016 11.558 EinwohnerInnen. Von diesen waren 9,4 % älter als 65 Jahre. Die älteren Menschen genießen in diesem Überseegebiet einen besonderen Status und sehr viel Respekt. Deshalb geht das ISEE auch hier von einer baldigen Überalterung der Gesellschaft auf, weil die Menschen aufgrund der sehr guten häuslichen Betreuung immer älter werden. Da es bisher noch kein Altenpflegeheim auf den Inseln gibt, ist hier der Bau eines Heimes mit 30 Plätzen in naher Zukunft geplant. (*Actualités Sociales Hebdomadaires*, 20.02.20)

Lagerstätte für radioaktiven Abfall

Farmland auf der Eyre Peninsula im australischen Bundesstaat *South Australia* soll nach Willen der Regierung die neue Lagerungsstätte für radioaktiven Abfall werden. Das gab Matt Canavan, der australische Minister für Ressourcen, Ende Januar bekannt.

Das 160 Hektar große Landstück der Napandee-Farm, etwa 20 Kilometer westlich der Stadt Kimba, hat der Besitzer Jeff Baldock der australischen Regierung zur Lagerung des Abfalls verkauft. Baldock begründete den Verkauf mit der Zukunftsträchtigkeit der Lagerstätte. Kaum eine andere kleine dörfliche Gemeinde in Australien könne von sich behaupten, für die nächsten 300 Jahre ihre Existenz gesichert zu haben. So lange soll der radioaktive Abfall mindestens dort gelagert werden.

In der Lagerstätte soll leicht radioaktiv verseuchter Abfall langfristig lagern, doch soll die Lagerstätte auch mittelmäßig verseuchtem Material zur kurzfristigen Lagerung dienen. Die Regierung will den dort ansässigen Aborigines vom Volk der Barngarla 31 Millionen AUS-Dollar Entschädigung zahlen. Für 45 Menschen sollen Arbeitsplätze geschaffen werden.

Minister Canavan erklärte, die Lagerstätte genieße die volle Unterstützung der Lokalbevölkerung. In einer Umfrage hätten sich 62 % der Befragten für die neue Lagerstätte ausgesprochen. Man werde darauf achten, Landwirtschaft und radioaktiven Abfall streng voneinander zu trennen, so der Minister.

Peter Woolford, der Präsident der Nichtregierungsorganisation „*No radioactive waste on agricultural land in Kimba*“, widersprach dem Minister. Es gebe sehr wohl Proteste und Widerstand gegen die Lagerung der giftigen Abfälle. Umweltschutzgruppen wie die „*Friends of the Earth*“ und verschiedene Aborigine-Völker würden sich vehement gegen die Lagerstätte aussprechen.

In der Lagerstätte bei Napandee soll der radioaktive Abfall aus 100 Unternehmen des ganzen Kontinents gelagert werden. Es handelt sich überwiegend um radioaktiven Abfall aus Medizinprodukten und Krankenhäusern, doch auch um Restmüll aus dem Atomkraftwerk *Lucas Heights* in Sydney.

Info: Die Verhandlungen über den Bau einer Lagerstätte hatten sich vier Jahre lang hingezogen. Den Plan, eine Lagerstätte bei Hawker in den Flinders Range zu bauen, mussten die Verantwortlichen aufgrund massiver Proteste der dort lebenden Aborigines aufgeben. (*Australian Associated Press* 31.01.20, *SBS News* 01.02.20, *ABC News* 01.02.20)

Botschafter für wandernde Tierarten ernannt

Im Rahmen der 13. Vertragsstaatenkonferenz des *Übereinkommens zur Erhaltung wandernder wild lebender Tierarten* (Convention on Migratory Species, CMS) am 17. Februar in Gandhinagar (Indien) sind drei bekannte Persönlichkeiten zu „Botschaftern“ für diese Tierarten ernannt worden. Die Berufung der drei Personen gilt für die nächsten drei Jahre bis zur nächsten Vertragsstaatenkonferenz 2023.

Jede der drei Personen wurde als BotschafterIn für je eine Tierart zu Lande, zu Wasser und in der Luft bestimmt.

So ist der britische Biologe Ian Redmond (Jahrgang 1954) zum Botschafter in der Kategorie „*They run*“ gewählt worden. Redmond ist Naturschützer und tropischer Feldbiologe. Er forscht seit über 30 Jahren in Ruanda und im Kongo zum Verhalten von Schimpansen, Menschenaffen und Elefanten.

In der Kategorie „*They Fly*“ wurde die (gebürtige) australische Umweltschützerin Sacha Dench zur Botschafterin für alle fliegenden wandernden Tierarten benannt. Dench ist als „*Schwänenfrau*“ und als „*menschlicher Schwan*“ bekannt, seit sie im Jahr 2016 mit einem motorisierten Gleitschirm die Zwergschwäne von Russland in ihr Winterquartier nach England über 7.000 Kilometer begleitete. Dench ist Mitarbeiterin der Naturschutzorganisation „*Wildfowl & Wetlands Trust*“ in Slimbridge (UK). Ende dieses Jahres wird sie den Flug der Fischadler über 6.000 Kilometer von Schottland nach Ghana (Afrika) begleiten.

Randeep Hooda (Jahrgang 1976) aus Indien wurde zum Botschafter in der Kategorie „They swim“ gewählt. Der mehrfach ausgezeichnete Film- und Theaterschauspieler ist auch Profi-Reiter. Außerdem wurde der engagierte Naturschützer in Mumbai für seine „Beach Clean-ups“ bekannt. Die Instagram-Gemeinde kennt Hooda auch als exzellenten Wildtierfotografen.

Info: Das „Übereinkommen zur Erhaltung wandernder wild lebender Tierarten“ (kurz „Bonner Konvention“) trat am 1. November 1983 in Kraft. Das Übereinkommen enthält die Verpflichtung der Vertragsstaaten, Maßnahmen zum weltweiten Schutz und zur Erhaltung wandernder wild lebender Tierarten zu treffen, einschließlich ihrer nachhaltigen Nutzung. Dies soll insbesondere auf der Grundlage bestehender oder neu zu schaffender völkerrechtlicher Instrumente mit international abgestimmten Erhaltungsmaßnahmen im gesamten Wanderungsraum der betroffenen Arten erreicht werden. Etwa 1.200 Arten bzw. regional abgegrenzte Populationen, die akut vom Aussterben bedroht sind oder deren Bestand hoher Gefährdung ausgesetzt ist, sind vom Schutzbereich des Übereinkommens erfasst. (Pressemitteilung CMS 17.02.20, <http://www.sachadench.com/>, Wikipedia)

Australisches Saatgut lagert in England

Die schweren Buschfeuer in Australien haben seit Ende vergangenen Jahres über 10,6 Millionen Hektar Land verbrannt. 33 Menschen und tausende von Tieren starben.

Für die stark geschädigte Flora in Australien gibt es jedoch Hoffnung: Bereits seit dem Jahr 2000 arbeitet die „Australian Seed Bank Partnership“ (ASBP, staatliche australische Saatgutbank) mit den Royal Botanic Gardens in Kew (Großbritannien) zusammen. In Kew und in der „Millenium Seed Bank“ in Wakehurst in West Sussex werden Saatgut und Samen aus aller Welt gelagert und

zum Teil auch gezüchtet. So befinden sich in Wakehurst derzeit 12.450 Samen- und Saatgutproben von 8.900 verschiedenen australischen Spezies.

Die ASBP arbeitet mit Experten aus den Kew Gardens bei der Sammlung von Samen und Keimlingen zusammen. Die Teammitglieder durchforsten die von den Buschfeuern stark beschädigten Gebiete nach solchen Samen und bringen diese in Kew und in Wakehurst in den Samendatenbanken in Sicherheit. So könne man langfristig mit neuen Samen bei der Wiederaufforstung helfen, erläuterte Dr. Elinor Breman, Wissenschaftlerin in Kew Gardens.

Info: Kew Gardens ist einer der ältesten botanischen Gärten der Welt. Er betreibt eine systematische Sammlung seltener Pflanzen und ihrer Samen. Vor knapp 20 Jahren begann neben dieser Forschungstätigkeit der Aufbau einer wissenschaftlichen Samendatenbank, der „Millenium Seed Bank“. In einem Lagergewölbe in Wakehurst in Surrey werden circa 80.000 Saatgutsammlungen aus 37.600 Arten gehortet. Die Samen lagern bei Temperaturen zwischen minus 18 bis minus 20 Grad. So halten sie sich besonders lange. Sie können für Forschungszwecke verwendet werden, sind jedoch auch eine genetische Ressource für solche Fälle wie jetzt die Zerstörung der Flora durch Buschfeuer.

Hier geht es zur Samendatenbank in Kew Gardens: <https://data.kew.org/sid/> (<https://www.seedpartnership.org.au/>, Wikipedia, BBC News 07.02.20)

Beteiligung am March for Life

In den amerikanischen Territorien im Pazifik (u.a. in Guam, den Nördlichen Marianen und in Mikronesien) haben sich die Bewohner großer Städte am 24. Januar der Protestbewegung „March for Life“ angeschlossen. In Guam beispielsweise starteten die Teilnehmenden den Protestzug an

der *Dulce Nombre de Maria Cathedral* in Hagåtña.

Der March for Life („Marsch für das Leben“) ist eine seit 1974 jährlich stattfindende Demonstration der Lebensrechtsbewegung in Washington, D.C.. Anlass ist der Jahrestag der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten im Fall *Roe v. Wade* vom 22. Januar 1973, die in den Vereinigten Staaten zur Legalisierung von Abtreibungen führte. Ziel des Marsches ist es, diese Grundsatzentscheidung außer Kraft zu setzen.

Der diesjährige 47. Marsch trug das Motto „Life empowers: Pro-Life is Pro-Woman“. Erstmals nahm in diesem Jahr ein amerikanischer Präsident teil. Donald Trump hielt eine Rede und lief ein Stück mit dem Demonstrationszug mit. Rund 100.000 Menschen beteiligten sich allein in Washington an dem Marsch.

(Guam Pacific News Center 23.01.20, Wikipedia, <https://marchforlife.org/national-march-for-life/>)

Writer in Residence in Hawai'i

Oscar Kightley aus Neuseeland ist für das Frühjahrssemester des *Centre for Pacific Island Studies* (CPIS) an der University of Manoa in Hawai'i „Stadtsschreiber“ (Writer in Residence). Er wird für drei Monate am CPIS bleiben.

Dies ist schon sein zweiter Studienaufenthalt auf dem Campus in Manoa. Bereits 2007 war Kightley für drei Monate zu Gast, damals unter dem Label „Artist in Residence“.

Info: Oscar Vai To'elau Kightley ist ein am 14. September 1969 in Samoa geborener neuseeländischer Schauspieler, Fernsehmoderator, Schriftsteller, Journalist, Regisseur und Komiker. Er wurde 2009 zum Mitglied des neuseeländischen Verdienstordens für Verdienste um Theater und Fernsehen ernannt. Kightley ist Mitglied der Komiker-Truppe „*Naked Samoans Talk About*“

Their Knives“ (University of Hawaii Press Release 25.01.20, <http://www.actors.co.nz/actors/Oscar-Kightley>, Wikipedia)

† Gilbert Lewis

Am 13. Januar verstarb im Alter von 81 Jahren der britische Arzt und Anthropologe Dr. Gilbert Lewis. Der studierte Mediziner gilt als einer der Gründerväter der britischen Medizinethnologie, einem Fachgebiet der Ethnologie. Die Medizinethnologie untersucht Medizinphänomene wie Gesundheit, Krankheit und Heilung als soziale Phänomene in der (eigenen oder auch fremden) Kultur.

Lewis (Jahrgang 1939) hatte zunächst Medizin studiert, bevor sich ein Studium der Ethnologie anschloss. Dazu betrieb er Feldforschung bei den Gnau (Sandaun Provinz) in Papua-Neuguinea. Zudem forschte er zu Theorien von Ritual und Heilung. Zu seinen wichtigen Werken gehören „*Day of shining red: An essay on understanding ritual*“ (2008) sowie „*A failure of treatment*“ (2000) über die Erkrankung eines Mannes in einem Dorf am Fluss Sepik und die Suche nach Heilung durch traditionelle und westliche Medizin.

Lewis lehrte an der Fakultät für Ethnologie (*Social Anthropology*) an der Universität von Cambridge. (<https://www.socanth.cam.ac.uk/about-us/news/dr-gilbert-lewis-1939-2020>)

† Nancy D. Munn

Am 20. Januar starb im Alter von 88 Jahren die pensionierte Professorin für Ethnologie an der Universität von Chicago (USA), Nancy D. Munn. Als Munn 1976 als Dozentin an die *Sozialwissenschaftliche Fakultät der Chicagoer Universität* berufen wurde, war sie die erste Frau, die eine ordentliche Professur bekam.

Munn wuchs in New York auf und promovierte 1961 an der *Australian National University*. Sie lehrte zunächst an der *University of Massachusetts*, bevor sie von

1976 bis zu ihrer Pensionierung 1997 an die Uni in Chicago ging. Hier forschte sie auch nach ihrer Pensionierung zu Themen wie dem interkulturellen Verständnis von Raum, Zeit und Ort.

1973 veröffentlichte Munn mit dem Buch „*Walbiri Iconography: Graphic Representation and Cultural Symbolism in a Central Australian Society*“ ihre Forschungsergebnisse zur Bildersprache eines Aborigine-Volkes im Herzen des roten Kontinents. 1986 erschien ihr bis heute einflussreichstes ethnologisches Werk über die Massim in Papua-Neuguinea: „*The Fame of Gawa: A Symbolic Study of Value Transformation in Massim (Papua New Guinea) Society*“.

(<https://anthropology.uchicago.edu/news/emrita-faculty-member-nancy-munn-has-passed-away>)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Erneute Einführung von Schulgeld

Seit Anfang des Jahres müssen Eltern in Papua-Neuguinea für schulpflichtige Kinder von der Grundschule bis zur Secondary School erneut Schulgebühren zahlen.

Premierminister James Marape hat zu Beginn des Schuljahres nach der Weihnachtspause die von seinem Vorgänger Peter O'Neill vor sechs Jahren eingesetzte „*Tuition Fee Free Education Policy*“ abgeschafft und statt dessen das System „*Government Tuition Fee Subsidy*“ eingesetzt. Hierbei handelt es sich um ein Mischsystem: Einen Teil der Schulgebühren müssen die Eltern aus eigener Tasche zahlen, einen Teil übernimmt die Regierung in Form von Subventionen.

Der neuguineische Bildungsminister Dr. Uke Kombra erklärte, Eltern müssten ab sofort 36,6 % des

Schulgeldes selber zahlen, die Regierung übernehme 63,4 %. Kombra sagte, die kostenlose Schulausbildung in den letzten Jahren habe Eltern und Schüler „*faul und träge*“ (Zitat) gemacht. Kinder seien von ihren Eltern nicht mehr regelmäßig in die Schulen geschickt worden und Eltern hätten sich überhaupt nicht mehr für den schulischen Bildungsweg und den Fortschritt ihrer Kinder interessiert. Mit der elterlichen finanziellen Beteiligung rücke die Bildung wieder mehr in den Vordergrund. Eltern würden verpflichtet, sich an der Bildung der Kinder zu beteiligen. Wer etwas bezahlen müsse, habe auch ein Interesse daran, dass die entsprechende Leistung erbracht wird, erklärte der Bildungsminister.

In den Tageszeitungen von Papua-Neuguinea wurden entsprechende Schulgeldtabellen veröffentlicht. Das Schulgeld muss sowohl in staatlichen als auch in privaten und kirchlichen Schulen entsprechend der Tabelle bezahlt werden. Die Gebühren reichen monatlich von 110 Kina (ca. 38 Euro) für die Grundschule bis zu 200 (ca. 70 Euro) Kina für die Abschlussklasse.

Besonders kostspielig ist ab sofort der Besuch von Internaten (*Boarding schools*) für die Eltern. Die Mittelstufe kostet künftig 1.749 Kina, davon übernimmt die Regierung 1.107,62 Kina und die Eltern übernehmen 641,38 Kina.

(PNG Education News 31.01.20, <https://news.pngfacts.com/2020/01/png-education-dept-announces-fee.html>)

Grenzen dicht

Aus Sorge um die weitere Verbreitung des Corona-Virus hat Papua-Neuguinea alle offiziellen Grenzübergänge zu Westpapua (Indonesien) geschlossen.

Seit dem 22. März gilt für PNG ein Einreiseverbot für Staatsangehörige bestimmter Staaten, darunter auch EU-BürgerInnen. Das Einreiseverbot gilt nicht für neuguineische Staatsbürger, die sich aber nach Ankunft aus einem COVID-Risikogebiet in Quarantäne bege-

ben müssen bzw. erst eine Gesundheitsüberprüfung durchlaufen müssen.

In PNG ist der Inlandsflugverkehr ausgesetzt worden. Auch die kirchliche Missionsfluggesellschaft MAV fliegt nicht mehr. Nach Angaben von Mitarbeitenden von Mission EineWelt gibt es derzeit auch keine PMVs mehr zwischen den Städten an der Küste und im Hochland. Internationale Flüge ab Port Moresby wurden ausgesetzt, da auch die Flughäfen in den „Umsteigeländern“ wie Singapur komplett geschlossen sind.

Frachtschiffe dürfen noch in neuguineischen Häfen anlegen, wenn sie nicht aus einem Risikogebiet kommen.

Die Hinweise des Auswärtigen Amtes gelten im Übrigen auch für Reisen nach PNG. Hier heißt es: „Vor nicht notwendigen, touristischen Reisen in das Ausland wird bis mindestens Ende April 2020 gewarnt, da mit starken und weiter zunehmenden drastischen Einschränkungen im internationalen Luft- und Reiseverkehr, und weltweiten Einreisebeschränkungen, Quarantänemaßnahmen und der Einschränkung des öffentlichen Lebens in vielen Ländern zu rechnen ist.“ (<https://ica.gov.pg/>, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/ReiseUndSicherheit/covid-19/2296762>)

Hoher Korruptionsindex

Transparency International hat Papua-Neuguinea erneut als besonders korruptes Land eingestuft. Laut Korruptionswahrnehmungsindex (Corruption Perception Index) für das Jahr 2019 steht PNG auf Platz 137 von 180 Ländern mit einem Index von 28 Punkten (von insgesamt 100 Punkten). 100 Punkte bedeutet, dass es in einem Land faktisch keine Korruption gibt. 0 Punkte bedeutet das Höchstmaß an Korruption.

Im Jahr 2018 stand PNG auf Platz 138, es gibt also eine Verbesserung bei der Wahrnehmung der Korruption um einen Rang nach

oben.

Auf Platz 1 der Rangliste steht Dänemark. Deutschland erreicht Platz 9, an letzter Stelle steht Somalia.

Info: Der Korruptionswahrnehmungsindex ist ein von *Transparency International* herausgegebener Kennwert zur Korruption. Der Index wird seit 1995 erhoben und wird in Form einer Rangordnung veröffentlicht, die das wahrgenommene Korruptionsniveau im öffentlichen Sektor von 180 Staaten vergleicht. In den Index fließen Informationen aus 13 unterschiedlichen Quellen von 12 verschiedenen Organisationen ein. Dies sind insbesondere Befragungen von ortsansässigen oder auswärtigen Geschäftspersonen (z. B. durch das World Economic Forum, die Weltbank oder die Bertelsmann-Stiftung) sowie systematische Auswertungen durch Risikoagenturen, gestützt auf Länderberichte von lokalen Korrespondenten

Transparency International ist eine nichtstaatliche Organisation, die sich weltweit dem Kampf gegen Korruption widmet.

(PNG Today 23.01.20, <https://www.transparency.org/cpi2019>)

Armee unterstützt Australien

Erstmals hat Papua-Neuguinea 100 Angehörige der *PNG Defence Force* zur Unterstützung der australischen Regierung im Kampf gegen die Buschfeuer nach Australien entsandt.

Auf Befehl von Premierminister James Marape wurden Mitglieder eines Ingenieurkampfbataillons sowie Feldingenieure des *1st Battalion Royal Pacific Island Regiment* mit einer Militärmaschine in den Süden Australiens geschickt. Dort sollten sie im Rahmen der „*Operation Halivim Wantok*“ (Operation ‚Wir helfen unseren Freunden‘) die australischen Feuerwehkräfte beim Kampf gegen die Buschfeuer unterstützen. Marape erklärte, so stelle er sich die Zukunft der *PNG Defence Force* auch vor: Es gehe heutzutage

nicht mehr darum, das Land gegen feindliche Angriffe von außen zu verteidigen, sondern das Militär sei vielmehr Freund und Verbündeter der pazifischen Nachbarn im Kampf gegen Naturkatastrophen und deren Folgen. Zwar habe das neuguineische Militär keine besonders gute technische Ausrüstung, doch die Armeeinghörigen würden den australischen Nachbarn „*Hand und Herz*“ (Zitat) reichen. Die Unterstützung des Nächsten in dieser Krisenzeit sei Ausdruck des guten Willens und der guten Nachbarschaft zum fünften Kontinent. (PNG Today 04.01.20, 12.01.20)

Kampf gegen illegale Einwanderer

Mitte Januar hat die Regierung die Kampagne „*Restoration*“ gestartet. Nach dem Willen von Premier James Marape sollen im Rahmen dieser Kampagne in den nächsten Monaten alle illegalen Einwanderer des Landes verwiesen werden. In einer konzertierten Aktion sollen Angestellte des Arbeitsministeriums, der „*Mobile Squad*“ der Polizei sowie Mitarbeitende der *Immigration and Citizenship Services and Border Security* illegale Einwanderer ermitteln und diese sofort des Landes verweisen. In einer ersten großen Razzia Ende Januar in der Hauptstadt Port Moresby wurden 23 Asiaten festgenommen. Sie hatten weder eine Arbeitserlaubnis („*work permit*“) noch eine Aufenthaltsberechtigung für PNG.

Premier Marape betonte, ausländische Arbeitskräfte und Investoren seien nach wie vor willkommen in Papua-Neuguinea, sie müssten sich jedoch an die geltenden Visumsbeschränkungen und die Arbeitserlaubnisberechtigungen halten.

Der neuguineische Einwanderungsminister Westly Nukunij erklärte, Ziel der *Operation Restoration* sei es, „*to completely remove the "remnants and cadavers" of illegal immigration.*“ (Zitat). Die Ausweisung illegaler Arbeitskräfte

käme den Einheimischen zu Gute, sagte Nukunj. Diese fänden dann Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Australische Menschenrechtsaktivisten von der „*Anti-Slavery Group A 21*“ kritisierten, dass sich unter den illegalen Einwanderern sehr viele Personen befänden, die sich zwangsweise im Land aufhielten, etwa Prostituierte aus asiatischen Ländern oder Aushilfsarbeitskräfte auf den Baustellen und in den Fabriken. (PNG Today 19.01.20, Pacific Beat 29.01.20)

Premier verkauft Regierungs-Jet

Premierminister James Marape hat den regierungseigenen Jet Falcon 900 EX P2-ANW an die neuguineische Fluggesellschaft *Air Niugini* verkauft. Das zwei-strahlige Geschäftsreiseflugzeug war von dem ehemaligen Premierminister Sir Michael Somare für Geschäftsflüge angeschafft worden und hatte damals 50 Millionen US-Dollar gekostet. Marapes Vorgänger im Amt, Peter O'Neill, hatte das Flugzeug extensiv genutzt und Schulden in Höhe von 8,6 Millionen US-Dollar angehäuft. Die Schulden waren vor allem durch die langen Standzeiten an internationalen Flughäfen zu Stande gekommen. O'Neill hatte bei Reisen ins Ausland stets eine Nacht übernachtet und die Standzeiten des Fliegers auf den Flughäfen wurden ihm in Rechnung gestellt.

Premier Marape erklärte, er habe in seiner bisherigen Amtszeit nur fünf Mal Gebrauch von dem Regierungsflugzeug gemacht, zumal es in PNG nur wenige Flugfelder gibt, auf denen der Jet landen kann. Er fliege mit Linienflugzeugen. Im Notfall und falls es schnell gehen müsse, könne er den Falcon Jet auch von *Air Niugini* leihen und entsprechend dafür bezahlen, sagte Marape.

(Radio NZ Intern. 30.01.20, <https://www.ch-aviation.com/portal/news/85905-air-niugini-takes-ownership-of-png-govt-falcon-900>)

BOUGAINVILLE

Namensänderung des ABG

Albert Punghau, Minister für *Post Referendum Dialogue and Consultation*, erklärte Mitte Januar, den Namen des Regionalparlaments der autonomen Region Bougainville ändern zu wollen. Um den rund 98 % der Befürworter der Unabhängigkeit entgegenzukommen und auch nach außen hin das Ergebnis der Volksabstimmung über die Unabhängigkeit von Dezember 2019 zu zeigen, habe sich das *Autonomous Bougainville Government* (ABG) zu einer Namensänderung entschieden und den Antrag auf Änderung bereits eingereicht. Die Namensänderung soll mit der Bildung des neuen Regionalparlaments nach den Provinzwahlen im Mai 2020 in Kraft treten - jedoch nur, wenn die Zentralregierung in Port Moresby (Papua-Neuguinea) dem zustimmt: Aus dem ABG soll dann werden: *Bougainville Constitutional Transitional Government*.

Minister Punghau erklärte die Namensbestandteile wie folgt: *Bougainville* sei der Name der Insel, *Constitutional* beziehe sich auf die Verfassung und *Transitional* mache deutlich, dass sich die Region in einem Prozess der Veränderung von der Teilautonomie hin zu voller Unabhängigkeit befinde. (Bougainville News 19.01.20, EM TV 19.02.20, Radio NZ Intern. 20.01.20)

Parlamentarier fordern Verfassungsänderung

Minister Albert Punghau erklärte, die Mehrheit der jetzigen Parlamentarier befürworte eine Verfassungsänderung nach den Provinzwahlen im Mai 2020. Man wolle drei Änderungen der derzeitigen Verfassung durchsetzen, erklärte er: Zum einen sollen auch zukünftig in der neuen Wahlperiode drei Plätze im Parlament für Veteranen des Bürgerkriegs reserviert bleiben. Die Zentralregierung in Port Moresby hatte bereits angekündigt, diese für die autonome Region Bougainville gelten-

de Regelung aussetzen zu wollen.

Des Weiteren wolle man durchsetzen, dass der Präsident der (demnächst unabhängigen?) Republik insgesamt drei Wahlzeiten im Amt bleiben könne. Bisher ist die Präsidentschaft auf zwei Wahlzeiten beschränkt.

Im Hinblick auf den derzeitigen Präsidenten John Momis - dessen zweite Amtsperiode im Juni endet - erklärte Punghau, die Verfassungsänderung bedeute nicht zwangsläufig, dass John Momis eine dritte Amtszeit als Präsident antreten könne. Es stünde ja noch nicht fest, ob Momis erneut gewählt würde, oder nicht, so der Minister.

Als dritte Änderung schlug Punghau die Namensänderung vor (Artikel siehe oben).

Info: Die nächsten nationalen Parlamentswahlen finden im Juni 2022 in Papua-Neuguinea statt. (Post-Courier 06.01.20, Radio NZ Intern. 20.01.20, ABC Australia 15.01.20)

Unterstützung durch IOM

Die *Internationale Organisation für Migration* (IOM) unterstützt zwei Gruppen von Vertriebenen auf Bougainville.

181 Menschen aus 37 Haushalten in der Region Tinputz mussten ihre Häuser am 3. Januar aufgrund einer Monsterwelle (King Tide) und damit einhergehenden Überflutungen verlassen.

479 Menschen aus Konnou im Süden der Hauptinsel sind aufgrund von Landstreitigkeiten aus ihren Dörfern vertrieben worden.

Lebensmittellieferungen für die Vertriebenen wurden von der autonomen Regierung von Bougainville zur Verfügung gestellt.

Die IOM kümmert sich in Zusammenarbeit mit dem *Roten Kreuz*, *CARE* und *Save the Children* um die Bereitstellung von Notunterkünften, Trinkwasser, Hygieneprodukten und Kleidung.

(Radio NZ Intern. 22.01.20, <https://reliefweb.int/report/papua-new-guinea/autonomous-region-bougainville-site-profile-deos-tinputz-internally-displaced>)

Künstler mahnt traditionelle Techniken an

Der in Arawa lebende Meister-Schnitzer Joe Dutaona hat die jungen Menschen in Bougainville aufgerufen, sich auf traditionelle Kultur- und Handwerkstechniken zu besinnen. Im Hinblick auf eine mögliche baldige Unabhängigkeit der Inseln erklärte der weltweit erfolgreiche Holz-Bildhauer, die Menschen in Bougainville könnten von der Subsistenzwirtschaft leben und wären nicht von Hilfsgütern aus dem Ausland abhängig, wenn sie sich auf ihre Fertigkeiten und auf das Land an sich mit seinem Reichtum an Pflanzen und Tieren verließen.

Bougainville habe fruchtbare Böden, die Wiederöffnung der Mine sei nicht nötig, um gut von den Erträgen des Landes leben zu können, sagte Dutaona. Es gäbe Kakao von hoher Qualität und auch die hochwertige Kopra eigne sich bestens für den Export.

Info: Joe Dutanona lernte das Bildhauerhandwerk, als er während des Bürgerkrieges auf Bougainville im Exil auf den Salomonen lebte. Inzwischen betreibt er in Arawa eine erfolgreiche Holzwerkstatt und bildet junge Menschen zu Holzschnitzern aus. (*Radio NZ Intern. Reportage 28.01.20, Film auf <https://www.youtube.com/watch?v=BDS5zWDxkVg>*)

SALOMONEN

Zollfreier Export in die EU

Am 17. Februar hat die Europäische Union (EU) die Salomonen in das Interims-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (*Economic Partnership Agreement, EPA*) zwischen der EU und den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) aufgenommen. Die Salomonen gehören nun ebenso wie Fidschi, Samoa und Papua-Neuguinea zu den pazifischen Staaten, die Waren zollfrei in die EU exportieren können.

Für die Salomonen bedeutet dies konkret, dass ab Vertragsunter-

zeichnung - die für den März 2020 geplant ist - Thunfisch und im Land verarbeiteter und in Konserven verpackter Thunfisch in die EU zollfrei eingeführt werden darf. Im vergangenen Jahr exportierten die Salomonen 9.000 Tonnen Thunfisch in die EU.

Das Partnerschaftsabkommen hat weitere Vorteile für die Salomonen: Lokale Produzenten genießen einen besonderen Schutz und die Preispolitik bei einigen Waren wie etwa Nahrungsmitteln verbleibt ganz bei der Regierung der Salomonen.

(*Solomon Times 27.02.20, Undercurrent News 26.02.22, <http://www.mfaet.gov.sb/external-trade/free-trade-agreements/regional/epa.html>*)

Verträge mit PNG

Ihr Treffen Anfang März in Honiara (Hauptstadt der Salomonen) nutzten der neuguineische Premierminister James Marape und der Premierminister der Salomonen, Manasseh Sogavare, zur Unterzeichnung von gleich zwei Vertragsdokumenten.

Der erste Vertrag trägt den Titel „*Framework Agreement for Economic and Development Corporation*“, der zweite ist der Vertrag „*Treaty guiding relationship between Solomon Islands and PNG*“.

Bei einer Pressekonferenz vor lokalen Journalisten erklärten die Premierminister, beide Verträge dienten der Verbesserung der bereits bestehenden Zusammenarbeit zwischen beiden unabhängigen Staaten. Man werde diese Zusammenarbeit im Hinblick auf Fischerei, wirtschaftliche Aktivitäten, Grenzpolitik und in der „Bougainville-Frage“ auf den Prüfstand stellen und gemeinsam überlegen, wo es Verbesserungs- oder Änderungsbedarf gebe.

Die Minister vereinbarten zudem ein jährliches Treffen auf Ministerebene. Das nächste Treffen soll dann in Port Moresby stattfinden. (*Solomon Times 02.03.20*)

FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Oliver Hassenkamp, Berlin]

Auswirkungen des Corona-Virus

Der Corona-Virus hat auch Fidschi erreicht. Zum Redaktionsschluss gab es vier gemeldete Corona-Fälle. Doch bereits seit Anfang März befanden sich wiederholt Personen aus Sicherheitsgründen in Quarantäne. Außerdem nehmen die wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen durch die globale Virus-Ausbreitung und damit einhergehende Vorsorgemaßnahmen zu.

Seit Ende Februar gilt in Fidschi ein vorübergehendes Einreiseverbot für Menschen, die sich in Italien, im Iran oder den südkoreanischen Städten Daegu oder Cheongdo aufgehalten haben. Bereits zuvor hatte die fidschianische Regierung die Einreise für Menschen, die sich in den zurückliegenden 14 Tagen in China aufgehalten hatten, erlassen. Außerdem sind auch für andere Einreisende sogenannte „Thermal Scanner“ zur Messung der Körpertemperatur an Flughäfen und Häufen installiert worden. Auch alle Touristinnen und Touristen, die an Bord von Kreuzfahrtschiffen in das Land kommen, werden noch auf den Schiffen auf mögliche Erkrankungen untersucht.

Mittlerweile gibt es landesweit vier Stellen, an denen sich Menschen auf eine mögliche Ansteckung mit dem Corona-Virus testen lassen können. In den zurückliegenden Wochen waren mehrere Personen, die sich zuvor in den USA und Italien aufgehalten und anschließend für das Corona-Virus typische Symptome gezeigt hatten, unter Quarantäne gestellt worden.

Bereits Anfang Februar waren zwei fidschianische Studierende zusammen mit 191 weiteren Personen vom neuseeländischen Militär aus der besonders betroffenen chinesischen Provinz Hubei

evakuiert und anschließend ebenso wie 28 weitere evakuierte Pazifik-Insulanerinnen und -Insulanern in der Nähe von Auckland unter Quarantäne gestellt worden, bevor sie in ihre Heimatländer zurückreisen konnten. Ein weiterer fidschianischer Student blieb demnach zunächst jedoch freiwillig in der chinesischen Stadt Wuhan, die als Ausgangspunkt des Virus gilt, das sich mittlerweile global ausgebreitet hat. Sylvia Nandani, eine der evakuierten Studentinnen, sagte fidschianischen Medien, sie sei erst zwei Wochen zuvor aus Peking nach Wuhan gereist und sei froh, die Stadt nun verlassen zu haben. Sie dankte Neuseeland für die Evakuierung.

Auch auf den Flugverkehr wirkt sich der Virus aus: *Fiji Airways* hat ebenso wie andere internationale Fluggesellschaften aufgrund der sinkenden Nachfrage die Anzahl an Flügen deutlich reduziert. So seien 60 % der Flüge nach Hongkong und 40 % der Verbindungen nach Samoa vom internationalen Flughafen Fidschis in Nadi gestrichen worden, sowie alle Direktflüge von der fidschianischen Hauptstadt Suva nach Sydney, Auckland und Port Vila (Vanuatu). Auch das fidschianische Militär hat Sicherheitsmaßnahmen ergriffen: So werden alle aus UN-Missionen im Ausland heimkehrenden Soldaten nach der Ankunft in Fidschi zunächst umfangreich untersucht und anschließend für 14 Tage isoliert, bevor sie ihre Familien sehen können. (FBC 13.3.20, *Fiji Times* 13.3.20, *Newshub* 12.3.20, *Radio New Zealand International* 12.3.20, 6.3.2020, 27.2.20, 13.2.20)

Opposition boykottiert Parlament

Die fidschianische Opposition hat von Mitte Februar bis Mitte März 2020 das Parlament des Landes boykottiert. Die größte Oppositionspartei SODELPA verließ am 18. Februar 2020 aus Protest gegen eine Entscheidung des Sprechers des Parlaments geschlossen die Versammlung und boykottierte die folgenden Sitzungen des

Parlaments. Auch die zweite, kleinere Oppositionspartei *National Federation Party* (NFP) schloss sich dem Boykott des Parlaments an. Am 11. März gab die Opposition bekannt, in der kommenden Sitzungswoche wieder an den Verhandlungen des Parlaments teilzunehmen.

Der Parlamentssprecher (in etwa vergleichbar mit dem Bundestagspräsidenten) Ratu Epeli Nailatikau, welcher der Regierungspartei *FijiFirst* angehört und von 2009 bis 2015 auch Präsident Fidschis war, hatte am 18. Februar insgesamt drei Anträge von SODELPA-Abgeordneten aus Formgründen abgewiesen. Laut Begründung fehlten die handschriftlichen Unterschriften der Antragsteller. Der wichtigste der drei Anträge forderte eine Überprüfung eines Beschlusses des für den Umgang mit natürlichen Ressourcen zuständigen Parlamentsausschusses zu einem geplanten Bergbauprojekt bei Sigatoka. SODELPA-Politiker Viliame Gavoka, der den Antrag gestellt hatte, nahm für sich in Anspruch, mit seiner Forderung nach einer Überprüfung für die Menschen in Sigatoka zu sprechen. Auch der Parteivorsitzende der NFP, Biman Prasad, teilte mit, man sei mit der Entscheidung des Parlamentsprechers nicht einverstanden. Er sagte, ein „Walk-Out“ aus dem Parlament sei ein wichtiges demokratisches Mittel, um das Missverständnis über die Entscheidung des Parlamentsprechers auszudrücken.

Die fidschianischen Oppositionsparteien SOLDEPA und NFP, die 21 bzw. drei Abgeordnete in das Parlament entsenden, beklagen sich immer wieder über Benachteiligungen und Gängelung im Parlament durch die Regierungspartei *FijiFirst*, die dort mit 27 Abgeordneten eine absolute Mehrheit besitzt. Die Oppositionsparteien teilten mit, dass sie im März wieder an Sitzungen des Parlaments teilnehmen wollten, aber immer noch auf eine Antwort Nailatikaus zu einer schriftlichen Beschwerde gegen die Ablehnung der Anträge warteten.

Auch der SOLDEPA-Abgeordnete Pio Tikoduadua darf an der nächsten Sitzung wieder teilnehmen, nachdem er im September vergangenen Jahres nach einer verbalen und möglicherweise auch tätlichen Auseinandersetzung mit Premierminister Voreqe Bainimarama vom Parlament mit der Regierungsmehrheit für sechs Monate suspendiert worden war – während Bainimarama mit den Stimmen seiner Fraktion einer Suspendierung entgehen konnte (siehe *Berichterstattung in den beiden letzten Ausgaben*). (*Fiji Times* 18.2.20, *Radio New Zealand International* 18.2.20, 19.2.20, 11.3.20, *Wikipedia*, siehe letzte Ausgaben)

Fidschianische Soldaten kämpfen gegen Buschbrände in Australien

Um australische Einsatzkräfte bei ihrem Kampf gegen die verheerenden Buschbrände in Australien zu unterstützen, hat Fidschi am 18. Januar 2020 insgesamt 54 fidschianische Soldaten nach Australien geschickt. Sie seien zusammen mit 119 neuseeländischen Militärangehörigen, welche die Löscharbeiten in Australien unterstützten, eingesetzt worden. Die Soldaten gehörten einem technischen Bataillon an, welches neben Kampfeinsätzen auch auf Nothilfsmaßnahmen etwa nach Naturkatastrophen spezialisiert ist. Es war das erste Mal, dass fidschianische Soldaten in Australien eingesetzt wurden. Der Einsatz endete am 25. Februar 2020. Australien bedankte sich für den Einsatz, der einmal mehr das enge Band zwischen Australien und den pazifischen Staaten gezeigt habe.

Fidschis Premierminister Voreqe Bainimarama hatte sich während der Buschbrände immer wieder solidarisch mit den „*Schwestern und Brüdern*“ in Australien gezeigt und diese als Teil der pazifischen „*Vuvale*“ – fidschianisch für Familie – bezeichnet. Diese Rhetorik grenzt sich deutlich von den politischen Bemühungen Fidschis ab, den Einfluss Australiens in der Region zu verringern und sich

stärker asiatischen Akteuren zuzuwenden – in der Vergangenheit hatte Bainimarama Australien deshalb oft abgesprochen, wirklich zur „Familie“ der pazifischen Inselstaaten dazuzugehören.

Unter anderem in einem Gastbeitrag für die britische Zeitung *The Guardian* unterstrich Bainimarama auch nun trotz seiner Solidaritätsbekundungen, dass Australiens Bemühungen zum Klimaschutz nicht ausreichend seien, wie auch die Buschfeuer wieder gezeigt hätten.

Weitere Informationen: Gastbeitrag von Bainimarama im *The Guardian*:

www.theguardian.com/world/commentisfree/2020/jan/07/australia-fijis-prayers-are-with-you-but-we-know-they-arent-enough-to-fight-the-climate-crisis

(*Radio New Zealand International* 18.1.20, 21.1.20, *Fiji Sun* 11.1.20, *The Guardian* 6.1.20, 25.2.20, *Twitter*)

Fidschi und UN trauern um Satya Nandan

Der frühere fidschianische Diplomat Satya Nandan, erster Botschafter seines Landes nach der Unabhängigkeit bei den Vereinten Nationen (UN) und einer der „Väter“ des internationalen Seerechtsabkommens, ist am 25. Februar 2020 nach einer Erkrankung in New York verstorben.

Fidschis Premierminister Voreqe Bainimarama würdigte Nandan als einen „Titan der Diplomatie“, der als ein wahrer Weltbürger in Erinnerung bleiben würde. Die UN teilte in einer Stellungnahme mit, Nandan sei eine Inspiration für den gesamten Pazifik und die gesamte Welt gewesen. In Erinnerung bleiben wird er vor allem für sein Engagement in den Verhandlungen um das internationale Seerecht, insbesondere für die Einführung der 200 Meilen großen exklusiven Wirtschaftszonen für Anrainerstaaten, von denen die pazifischen Inselstaaten noch heute profitieren.

Nandan wurde nach Fidschis Unabhängigkeit 1970 erster Botschafter seines Landes bei den Vereinten Nationen – und blieb bis

zum Beitritt Papua-Neuguineas 1975 auch der einzige Botschafter eines pazifischen Inselstaats bei der Weltorganisation, weshalb er sich häufig auch für die Interessen des gesamten Pazifiks einsetzte. Später wurde er Vorsitzender der Arbeitsgruppe der Seerechtsverhandlungen, welche die Regelungen für die 200-Meilen-Zone ausarbeitete, leitete die G77 als größtes Bündnis von Entwicklungsstaaten und wurde schließlich von 1983 bis 1992 UN-Untergeneralsekretär und Sondergesandter des UN-Generalsekretärs für das Seerecht. Anschließend war er von 1994 bis 1996 Präsident der Vertragsstaatenkonferenz zum Seerecht und von 1996 bis 2008 erster Generalsekretär der Internationalen Meeresbodenbehörde (*International Seabed Authority*), die heute unter anderem für die Vergabe von Tiefseebergbaukonzessionen in der Hohen See zuständig ist.

Darüber hinaus war Nandan unter anderem Botschafter seines Landes zur Europäischen Union und kurzzeitig auch Staatssekretär im fidschianischen Außenministerium. Zum Ende seiner Karriere übernahm er von 2009 bis 2011 außerdem noch für zwei Jahre den Vorsitz über die *Western and Central Pacific Fisheries Commission*. (*Radio New Zealand International* 25.2.20)

Land-Minister: Rücktrittsforderungen nach sexueller Belästigung

Der fidschianische Minister für Land-Angelegenheiten Ashneel Sudhakar sieht sich mit Rücktrittsforderungen mittlerweile auch aus seiner eigenen *FijiFirst*-Partei konfrontiert. Dem Minister wird sexuelle Belästigung vorgeworfen. Insbesondere soll er per Textnachrichten über sein Handy eine Anwältin sexuell belästigt haben. Bis zum Redaktionsschluss lehnte Sudhakar einen Rücktritt aber weiter ab und war von Premierminister Voreqe Bainimarama auch noch nicht entlassen worden.

Der Generalstaatsanwalt, Justizminister und stellvertretende Pre-

mierminister Aiyaz Sayed-Khaiyum bezog sich in einer Stellungnahme jedoch auf den Fall, ohne den Namen Sudhakars explizit zu erwähnen. Er sagte, ein Mitglied der Regierung habe ein nicht hinnehmbares Verhalten an den Tag gelegt. Die *FijiFirst*-Fraktion im Parlament erwägt auch disziplinarische Maßnahmen und einen möglichen Parteiausschluss gegen Sudhakar, der auch Abgeordneter im Parlament ist. Auch die Opposition kritisiert den Minister. Oppositionsführerin Lynda Tabuya forderte, er solle sein Amt zumindest bis zur Überprüfung der Vorwürfe ruhen lassen und im Falle einer Verurteilung zurücktreten. Sudhakar selbst sieht sich als Opfer einer Verschwörung und sagte in einem Interview, die Frau, die ihn beschuldige, lüge. Er habe sich nichts vorzuwerfen und würde deshalb auch nicht zurücktreten.

(*Radio New Zealand International* 13.11.20, *Fiji Sun* 13.3.20)

VANUATU

Parlamentswahlen 2020

Am 19. und am 20. März fanden die Parlamentswahlen für das 52-köpfige Parlament statt.

Die älteste Partei der Republik, die *Vanua'aku Pati*, war mit 23 Kandidaten angetreten. Bei ihrem Parteikongress im Juni letzten Jahres hatte die Partei ihre Strategie des „Kambak“ (engl. Come back) vorgestellt. Die Partei möchte zurück zu einer sozialistischen Marktwirtschaft und hatte den Wahlkampf unter das Motto gestellt „Let's rebuild Vanuatu“.

Im Oktober letzten Jahres hatten zudem Ati George Sokomanu (Head of State), Frau Elizabeth Faerua (Country Director for Oxfam), Frau Anna Blessing (Vanuatu Civil Society Influencing Network) und Chief Ham Lini (Parlamentarier und Ex-Premier) ihre Wahlkampagne „Vot Woman“ initiiert. Sie riefen dazu auf, dass mindestens 50 % aller Parlamentarier Frauen sein sollten. Bis dato sitzt keine einzige Frau in Vanuatus Parlament.

Staatschef Sokomanu hatte zu Beginn dieser Kampagne provokant gefragt: „*Can a woman be Prime Minister of Vanuatu? Yes, of course!*“ „*It's time to get the balance right. We can do this – Vot Woman!*“, ergänzte Elizabeth Faerua von Oxfam. Unter den rund 300.000 Einwohnern des Staates gäbe es bestens ausgebildete, kluge und starke Frauen, die sich sehr gut in die Politik einbringen könnten, hieß es seitens der Organisatoren der Kampagne.

Insgesamt hatten sich 240 Kandidaten für die 52 Sitze im Parlament aufstellen lassen. Unter den 240 Kandidaten waren auch 15 Frauen, darunter die bekannte Menschenrechtsaktivistin und ehemalige Krankenschwester Anne Pakoa.

Das Parlament wählt dann später den Premierminister. Seit den letzten Wahlen 2016 ist dies Charlot Salwai.

Die Wahlbeteiligung 2016 lag bei 57 %. Für die diesjährige Wahl liegen noch keine Ergebnisse vor. Wahlbeobachter gehen aufgrund der Corona-Krise von einer niedrigeren Wahlbeteiligung aus. Nach bisher unbestätigten Angaben sind 25 Parlamentarier im Amt bestätigt worden.

(Radio NZ Intern. 11.06.19, Vanuatu Daily Post 08.10.19, <https://www.theguardian.com/world/2020/mar/18/coronavirus-fears-and-controversial-passport-sales-vanuatus-election-explained>)

KANAKY

[Alle Artikel in dieser Rubrik von Pazifik-Netzwerk-Vorstand Dr. Matthias Kowasch, Graz]

Mit Erdgas betriebenes Kraftwerk in Planung

Im August 2019 stand die Wahl der Energiequelle für ein zukünftiges Elektrizitätswerk in Nouméa zur Diskussion. Das mit Erdöl betriebene Kraftwerk des Bergbauunternehmens SLN (*Société Le Nickel*), ein Tochterunternehmen des französischen Großkonzerns Eramet, sollte abgerissen und an seiner Stelle ein neues, moderneres Werk gebaut werden. Das alte

Kraftwerk versorgte sowohl die bereits 1910 eingeweihte Nickelfabrik „Doniambo“ mit Strom, als auch einen großen Teil der Privathaushalte im Großraum Nouméa. Im Laufe der Zeit ist das Kraftwerk in die Jahre gekommen und war u.a. für gravierende Umweltverschmutzungen verantwortlich.

Zwei Technologien standen für das neue Kraftwerk zur Auswahl: a) ein reines Erdgaswerk, b) eine Hybridtechnologie, bei der das Erdgaswerk durch Photovoltaikanlagen ergänzt wird. Die Entscheidung fiel schließlich am 20. Dezember 2019. Die Hybridtechnologie, bei der die Erdgasversorgung durch Photovoltaik ergänzt wird, wurde als zu teuer bewertet. Der Strom im neuen Doniambo-Werk, das eine Leistung von bis zu 200 MW haben wird, soll nun mit Flüssigerdgas (LNG) erzeugt werden. Das Flüssiggas wird in einem vor der Doniambo-Fabrik schwimmenden Tanker gespeichert. Der umgebaute Tanker, wo auch die Umwandlung des Flüssiggases in einen gasförmigen Aggregatzustand durchgeführt wird, kann über den Seeweg regelmäßig mit neuem Flüssiggas versorgt werden. Der Speicher, der auf Höhe der kleinen Insel Freycinet installiert wird, soll zwischen 110.000 und 175.000 Kubikmeter Flüssiggas fassen und über eine 7 km lange Pipeline mit dem Festland bzw. der Fabrik verbunden werden.

Das neue Erdgaswerk wird den Strombedarf des öffentlichen Netzes und der Nickelfabrik der „*Société Le Nickel*“ decken. Es soll die Umweltbelastung im Vergleich zum alten mit Erdöl betriebenen Kraftwerk verringern und die Treibhausgase erheblich senken. Im Vergleich zu einem Kohlekraftwerk soll die CO₂-Bilanz 5 Mal geringer sein. Eine Hybridtechnologie hätte die Emissionen selbstverständlich weiter senken können.

Das Kraftwerk soll eine geschätzte Lebensdauer von 25 Jahren haben. Die Gesamtkosten des Vorhabens belaufen sich auf 70 - 111 Mill. CFP-Franken (587-930

Mio. €). Der zukünftige Betreiber *Nouvelle-Calédonie Énergie* ist jedoch noch auf der Suche nach potentiellen privaten Investoren.

Der Bau des Doniambo-Werks soll im zweiten Quartal 2020 beginnen. Der Anschluss an das Stromnetz könnte Ende 2023 erfolgen, erste Tests wären in diesem Fall ab 2024 möglich.

(*Calédonie 1ière*, 20. Dezember 2019 <https://la1ere.francetvinfo.fr/nouvellecaldonie/province-sud/gaz-naturel-choisi-alimenter-nouvelle-centrale-pays-783213.html>)

Neukaledonien reagiert auf das Corona-Virus, schließt öffentliche Einrichtungen und ruft gesundheitlichen Notstand aus

Schließung von Schulen, Versammlungsverbot, Einschränkung des öffentlichen Verkehrs, keine Einreise von Ausländern... Während Neukaledonien seine ersten zehn Fälle von Corona-Virus zeichnet, haben die Regierung und der französische Hochkommissar eine Reihe von Maßnahmen erlassen. Eine Erklärung über die Maßnahmen wurde am 19. März 2020 vom neukaledonischen Präsidenten Thierry Santa und vom Hochkommissar Laurent Prévost verlesen.

Demnach sind Versammlungen von mehr als 20 Personen ab dem 19. März, 18 Uhr untersagt. Kulturelle, religiöse und Sportveranstaltungen werden abgesagt. Auch „custom“-Zeremonien (wie z.B. bei Hochzeiten und Trauerfeiern) dürfen nicht abgehalten werden. Freizeiteinrichtungen werden ebenso geschlossen wie Restaurants, Bars, Cafés, Kinos, Nakamals und Bingos. Nur der Lieferservice und der Take-away-Service von Mahlzeiten bleiben bestehen. Schulen, Aus- und Fortbildungseinrichtungen werden geschlossen. Kindergärten schließen ebenfalls ihre Pforten, doch eine Kinderbetreuung zu Hause soll aufrechterhalten werden. Internate bleiben bis Freitag, den 20. März geöffnet, um den öffentlichen Verkehrsmitteln die Möglichkeit zu geben, die Schülerin-

nen und Schüler nach Hause zu bringen. Sollten die Studierenden keine Möglichkeit haben, nach Hause zurückzukehren, dürfen sie im Studentenheim auf dem Campus wohnen bleiben. Die Sicherheitsvorschriften sind dabei zu berücksichtigen. Die Universität setzt ihre Lehrveranstaltungen aus. Die Fährverbindungen auf die Loyauté-Inseln werden ab 21. März ebenfalls unterbrochen. Der Busverkehr im Großraum Nouméa wird stillstehen.

Insgesamt 13 Personen sollen Kontakt mit den beiden positiv auf Covid-2019 getesteten Personen gehabt haben. Sie werden zurzeit gesucht, um sie in eine 14-tägige Quarantäne zu bringen.

Alle Neukaledonier werden aufgefordert, nicht notwendige Reisen abzusagen oder zu verschieben. Wirtschaftliche Aktivitäten werden fortgesetzt, aber die Unternehmen sind angehalten, auf Homeoffice umzustellen. Zur Unterstützung kleinerer und mittlerer Unternehmen wurde ein überregionaler Service eingerichtet.

Einreisende aus Sperrzonen werden am Flughafen in eine 14-tägige Quarantäne gebracht, entweder in dem dafür vorgesehenen Aufnahmezentrum oder in speziell ausgestatteten Hotels. Jeder Passagier, der einen Flug mit der neukaledonischen Fluggesellschaft *Air Calin/Air Calédonie* nehmen möchte, muss ein medizinisches Attest, das nicht älter als drei Tage ist, vorlegen. Die Neukaledonier werden aufgefordert, von Flugreisen abzusehen, trotzdem werden inländische Reisen aus familiären und beruflichen Gründen weiterhin gestattet sein.

Ab Dienstag, den 24. März, werden Flüge ins Ausland ausgesetzt. Neukaledonier, die sich zurzeit im Ausland befinden, werden aufgefordert „im Interesse ihrer Angehörigen“ dort zu verweilen, wo sie sich gerade aufhalten und nicht nach Hause zurückzukehren. Thierry Santa erklärte, dass diese „besser geschützt seien, wenn sie nicht reisen und damit auch das Risiko vermeiden, den Virus zu

verbreiten“. Sollten sie dennoch heimkehren wollen, ist ihnen dies bis zum 24. März noch möglich. Ausländische Gäste werden ab diesem Datum nicht mehr ins Land gelassen. Zurzeit sich in Neukaledonien befindliche Ausländer werden gebeten, das Land schnellstmöglich zu verlassen. Die Fluggesellschaften wurden ebenso wie Konsulate in Australien, Neuseeland und Vanuatu bereits informiert. Die französischen Überseegebiete Wallis & Futuna sowie Franz.-Polynesien haben ihre Flugverbindungen nach Neukaledonien bereits unterbrochen. Nur am 21. März soll es einen letzten Flug von Papeete nach Nouméa geben.

In den Geschäften Neukaledoniens wurden Einkaufsbeschränkungen erlassen. Es gäbe aber kein Risiko von Lebensmittelknappheit. Der Verkauf von Alkohol wurde ab dem 20. März untersagt. Gleichzeitig haben die großen Supermärkte bestimmte Hygienemaßnahmen getroffen. Der Warenverkehr auf dem Wasser- und Luftweg werde aufrechterhalten. So können Medikamente und medizinische Geräte und auch eventuelle Evakuierungen von Patienten aus/nach Frankreich weiterhin ermöglicht werden, so der Hochkommissar Laurent Prévost. Der gesundheitliche Notstand, den Frankreich ausgerufen hat, wird auf Neukaledonien ausgedehnt.

Thierry Santa erklärte, dass er wisse, dass diese Maßnahmen einmalig seien und starke Einschnitte in das Alltagsleben bedeuten. Jede der Maßnahmen ziehe Konsequenzen im Umgang mit der Familie sowie dem wirtschaftlichen und sozialen Leben nach sich. Er appellierte an die Verantwortung aller, jedes einzelnen, an den Gemeinsinn, den Geist der Brüderlichkeit und die Solidarität. Die Präsenz des Corona-Virus in Neukaledonien könne Angst erzeugen, was legitim sei. Aber der Panik solle kein Platz eingeräumt werden. Die Entscheidungen und Maßnahmen sollten respektiert und zum Nutzen aller gemeinschaftlich umgesetzt werden.

(Calédonie 1^{ère}, 19 mars 2020, [https://la1ere.francetvinfo.fr/nouvellecaledonie/nouvelle-caledonie-face-au-coronavirus-813744.html#xtor=EPR-1-\[NL_1%C3%A8re\]-20200319-\[info-titre1\]&pid](https://la1ere.francetvinfo.fr/nouvellecaledonie/nouvelle-caledonie-face-au-coronavirus-813744.html#xtor=EPR-1-[NL_1%C3%A8re]-20200319-[info-titre1]&pid))

Mehr als 3.900 Fälle von Denguefieber im Jahr 2019

Mücken kommen in Neukaledonien stark zurück. 3.914 Fälle von Denguefieber wurden im Jahr 2019 laut der neukaledonischen Gesundheitsbehörde festgestellt. Fälle von Dengue-Fieber des Typs 2 waren im vergangenen Jahr besonders heftig, mit ihrem Höhepunkt im Monat März. Insgesamt mussten 368 Personen hospitalisiert werden, zwei Personen sind verstorben. Auch wenn die Zahlen von Jahr zu Jahr steigen, könnte sich die Situation auch wieder verändern. Im Dezember 2018 wurden 142 Fälle von Denguefieber gezählt, gegenüber 4 im Dezember 2019.

Denguefieber ist in den Tropen und Subtropen verbreitet. Die Krankheit breitet sich derzeit rasch aus. Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) haben sich die Fallzahlen von 1960 bis 2010 verdreißigfacht. Die Symptome von Denguefieber ähneln oft jenen einer schweren Grippe, es kann aber auch zu inneren Blutungen sowie tödlichen Komplikationen kommen. Die WHO schätzt, dass jährlich 50-100 Mio. Menschen an Dengue erkranken, von denen 22.000 sterben.

Das im Juli gestartete Projekt „Wolbachia“ soll die Verbreitung des Virus in Neukaledonien stoppen. Dabei werden mit Wolbachia infizierte Moskitos ausgesetzt, diese sind wesentlich schlechtere Überträger des Virus. Für Neukaledonien wurden für das erste Jahresviertel starke Regenfälle vorausgesagt, die zusammen mit hohen Temperaturen ein gutes Klima für die Larven der Moskitos darstellen. (Calédonie 1^{ière}, 28.12.2019, <https://la1ere.francetvinfo.fr/nouvellecaledonie/plus-3900-cas-dengue-type-2-2019-784855.html?fbclid=IwAR3JBzaHMzLa5CJ9fYQBUPt-cNj66v3hCgYZKnaQVjYQGKfGxQZ8nTmldfKo, ORF Science, 2.6.2017, https://science.orf.at/v2/stories/2846961/>)

MIKRONESIEN

Auszeichnung für WERI

Guam: Als eines von nur zwölf ausgezeichneten Forschungszentren in den USA hat das *Water and Environmental Research Institute of the Western Pacific* (WERI) an der University of Guam von der *U.S. Geological Survey* das Prädikat „herausragend“ („outstanding“) erhalten. Insgesamt gibt es in den USA 54 zertifizierte Trinkwasserlabore.

Die Evaluation von WERI für die Jahre 2011 bis 2015 war so erfolgreich, dass das Labor das entsprechende Prädikat erhielt. Bereits seit 25 Jahren wird WERI mit Bestnoten ausgezeichnet.

WERI forscht, bildet aus und organisiert das Wassermanagement im westlichen Pazifik. Es arbeitet dabei mit Kommunen, öffentlichen Einrichtungen und politischen Entscheidungsträgern zusammen. Das Labor führt Trinkwasserproben in Guam, den Nördlichen Marianen und den Föderierten Staaten von Mikronesien durch.

Besonders lobend erwähnt wurde die Zusammenarbeit von WERI mit wissenschaftlichen Beiräten und anderen Gruppen bei der Verbesserung der Trinkwassersituation auf den Inseln.

Info: Die *United States Geological Survey* ist eine wissenschaftliche Behörde im Geschäftsbereich des Innenministeriums der Vereinigten Staaten. Die USGS ist das wichtigste Institut der Vereinigten Staaten für die amtliche Kartografie. (*Pacific News Center* 29.01.20, <https://weri.uog.edu/>, *Wikipedia*)

Mitgliedschaft beim Globalen Forum

Palau: Anfang des Jahres ist die mikronesische Inselrepublik Palau dem *Globalen Forum für Transparenz und Informationsaustausch*

zu *Steuerzwecken der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (OECD) beigetreten.

Im Oktober vergangenen Jahres hatte die Europäische Union Palau von ihrer sogenannten „schwarzen Steuerliste“ nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke (sogenannte „Steuroasen“) gestrichen. Diese EU-Liste ist Teil der Bemühungen um die Unterbindung der Steuervermeidung und die Förderung der Grundsätze des verantwortungsvollen Handelns wie Steuertransparenz, Steuergerechtigkeit und internationaler Standards gegen die Aushöhlung der Steuerbemessungsgrundlage und Gewinnverlagerung. Palaus Zusage, Änderungen an seinen Steuerpraktiken vorzunehmen, führte nun dazu, dass Palau in die „graue Steuerliste“ vorrücken konnte.

Info: Das Forum wurde im Jahr 2000 gegründet. Es besteht aus 160 OECD-Mitgliedsländern sowie anderen Rechtsordnungen, die sich auf die Einführung von steuerlicher Transparenz und Informationsaustausch geeinigt haben.

Das Forum überprüft die Umsetzung des OECD-Standards in Steuerangelegenheiten. Der Standard soll Transparenz schaffen und zu einem effektiven Informationsaustausch für Besteuerungszwecke zwischen den Mitgliedsstaaten führen.

Seitens des Pazifiks sind folgende Staaten Mitglied im Globalen Forum: Australien, Cook-Inseln, Marshall-Inseln, Nauru, Neuseeland, Niue, Papua-Neuguinea, Samoa und Vanuatu.

(<https://www.oecd.org/tax/transparency/>)

Einige Sonnenschutzcremes verboten

Palau: Zum 1. Januar 2020 hat die Republik Palau den Verkauf sowie den Import bestimmter Sonnenschutzmittel verboten. Betroffen sind Cremes mit gesundheitsschädlichen Chemikalien wie

etwa Oxybenzon und Triclosan. Im Mittelpunkt der Kritik steht Octocrylen, ein Stoff, der auch in vier von fünf europäischen Sonnenschutzprodukten enthalten ist und Benzophenon-3 als wichtigsten synthetischen UV-Filter in Kosmetika abgelöst hat. Als ökologisch heikel gilt Octocrylen deshalb, weil der wasserunlösliche Stoff nur schwer abgebaut wird und sich deshalb in Organismen und an Oberflächen anreichern kann. Wie italienische Ökologen von der Universität in Bologna erst kürzlich zeigten, erreicht Octocrylen in der Adria mittlerweile Spitzenwerte: Kein synthetischer Sonnenschutz wird dort so häufig im Meeresboden gefunden wie dieser. Zugleich steht die Substanz unter Verdacht, sich auf das Wachstum von Meeresorganismen auszuwirken.

Die Regierung Palaus begründete das Verbot mit dem Schutz des einzigartigen Ökosystems und der Korallenriffe.

Der Verkauf von Sonnenschutzmitteln mit giftigen Inhaltsstoffen wird ab sofort mit einer Geldstrafe in Höhe von 1.000 US-Dollar geahndet. Diese Summe muss auch gelöhnt werden, wenn Touristen Sonnenschutzmittel mit schädlichen Chemikalien in das Land einführen und benutzen. Dazu hat die Regierung vor allem für die Händler in Palau eine Liste von Inhaltsstoffen erstellt, die als gesundheitlich bedenklich gelten und deren Einfuhr ab sofort verboten ist.

Hintergrund: Nach Angaben der amerikanischen Meeresbehörde NOAA landen jedes Jahr bis zu 6.000 Tonnen Sonnenschutzmittel weltweit auf den hochsensiblen Ökosystemen der Korallenriffe. Die *Stiftung Warentest* hatte bereits vor drei Jahren für das Versprechen „wasserfest“ in ihrer alljährlichen Bewertung von Sonnenschutzmitteln Punkte abgezogen - weil die Lotionen sich auch dann noch so nennen dürfen, wenn sie nach zweimal 20 Minuten in Pool oder Meer zur Hälfte im Wasser umhertreiben und dann nicht mehr vor der Strahlung schützen. (SZ 04.07.17, PNC News 03.01.20)

MARSHALL-INSELN

Neuer Präsident

Am 6. Januar 2020 wurde der neue Präsident der Marshall-Inseln, David Kabua, vereidigt und tritt nun seine erste Amtszeit über vier Jahre an.

Mit 20 zu 12 Stimmen der Senatoren gewann Kabua nach den November-Wahlen gegen seine Herausforderin, die amtierende Präsidentin Dr. Hilda C. Heine. David Kabua war vorher im Gesundheits- und Innenministerium tätig. Bei seiner Vereidigung im Januar waren viele lokale Führungskräfte, Parlamentsmitglieder und Vertreter benachbarter Länder anwesend.

Info: David Kabua (Jahrgang 1951) ist der Sohn des ersten Präsidenten der Marshall-Inseln, Amata Kabua, und seiner Frau Emlain Kabua. Er wurde an der *Xavier High School* in Mikronesien und an der Universität von Hawai'i ausgebildet. Für seine Amtszeit hat sich Kabua vorgenommen, sich besonders der Klimawandelfolgen anzunehmen und sich um das radioaktive Vermächtnis des „Runit Dome“ kümmern zu wollen. (<https://www.infomarshallislands.com/meet-president-david-kabua/>
<https://www.pncguam.com/new-republic-of-the-marshall-islands-president-sworn-in/>)

Denguefieber: Ausbruch im Juni forderte 3 Todesopfer

In den Marshall-Inseln breitet sich das Denguefieber weiter aus. Der Ausbruch der Krankheit begann im Juli 2019 in Ebeye. Nach neun Monaten sind nun mittlerweile 3.000 Menschen positiv getestet worden. Anfang Februar starben zwei weitere Menschen in Majuro an dem Virus, ein 10-jähriges Mädchen aus Arno und eine 67-jährige Frau, die bereits an einer Nierenerkrankung litt. Damit sind in den Marshall-Inseln seit Beginn des Denguefieber-Ausbruchs drei Menschen gestorben.

Im Dezember gingen die Fälle leicht zurück, nun im Februar ist der Anstieg der Erkrankten jedoch mit bis zu 30 Fällen an einem Tag

höher als je zuvor. Anfang Februar gab es 2.456 Fälle in den Marshall-Inseln, allein davon 2.111 in Majuro. Nun soll es bereits mehr als 3.000 Fälle geben, die auch sechs weitere Inseln betreffen. Damit die Moskitos, die die Krankheit übertragen, sich weniger ausbreiten können, wurden hohe Strafen für illegale Mülldeponien erlassen, die eine ideale Brutstätte für die Tiere bilden.

Das Gesundheitssystem der Inseln ist überlastet. Allein das Krankenhaus in Majuro ist überfüllt mit Dengue-Patienten. Die Patienten nehmen die Hälfte der Betten in dem Krankenhaus in Anspruch. Daher wurde eine zusätzliche Station für Dengue-Fälle eingerichtet. Mit Moskitonetzen wird hier versucht, die Ausbreitung der Krankheit einzudämmen.

Unterstützung bekommen die Ärzte und Krankenpfleger von der Organisation *AmeriCares*, die freiwillige Krankenpfleger aus den USA in die Marshall-Inseln schickte, um in Krankenhäusern auszuweichen. Auch Taiwan und andere Länder halfen aus, indem sie medizinische Versorgungsgüter spendeten, da diese durch die über 1.000 Patienten knapp wurden.

Die weltweite Ausbreitung des Corona-Virus zwang die Marshall-Inseln dazu, schnell und radikal zu handeln. Nach Beschluss des *Marshall Islands National Disaster Committee* sind alle Flüge in die Marshall-Inseln von Anfang März bis frühestens Mitte April ausgesetzt. Das sorgte dafür, dass viele Bewohner und Bewohnerinnen der Marshall-Inseln in Hawai'i und anderen Ländern nun festsitzen. Die Verbreitung des Corona-Virus in den Marshall-Inseln wäre jedoch sehr problematisch, nicht allein wegen des beeinträchtigten Gesundheitssystems durch das Denguefieber, sondern auch wegen der zahlreichen chronischen Erkrankungen der Bevölkerung, wie etwa Diabetes.

In Ebeye, dem Ausbruchsort des Dengue-Fiebers, sind seit zwei Monaten keine weiteren Fälle mehr verzeichnet worden. In Ma-

juro steigen die Fälle jedoch weiterhin an. (*Artikel von Vera Benter.* <https://www.rnz.co.nz/international/pacific-news/411673/marshall-islands-health-secretary-makes-no-apologies-over-travel-bans>, <https://www.rnz.co.nz/international/pacific-news/409073/dengue-fever-outbreak-claims-two-more-lives-in-the-marshall-islands> <https://www.rnz.co.nz/international/pacific-news/408749/marshalls-gets-us-medical-team-support-with-dengue-treatment> <https://www.pncguam.com/marshall-islands-coping-with-dengue-outbreak/>)

Neue Entwicklungen im Pacific Waste Management Programme

Das *Pacific Waste Management Programme* (PacWastePlus) machte im Februar weitere Fortschritte. In Nadi (Fidschi) gab es ein dreitägiges Meeting, bei dem die Probleme des Mülls und die Dringlichkeit des Projektes aufgezeigt wurde.

Das *PacWastePlus* ist, als Nachfolger des *PacWaste*-Programms, ein von der EU mit 16,5 Millionen Euro finanziertes Programm, um die Müllentsorgung im Pazifik zu verbessern. 15 Länder des Pazifiks nehmen an dem Projekt teil und tauschen sich regelmäßig über die Möglichkeiten einer verbesserten Müllentsorgung aus. Über eine Laufzeit von 64 Monaten (Juli 2018 - Juni 2023) soll eine effektive und nachhaltige Müllentsorgung und damit eine einhergehende Verringerung von Luftverschmutzung erreicht werden. Denn ein ausgeklügeltes Müllentsorgungssystem sorgt für weniger illegale Müllverbrennungen und damit auch für weniger Treibhausgase.

Das *Pacific Regional Environment Programme* (SPREP) etablierte im Zusammenhang mit dem *PacWastePlus*-Projekt den *Clean Pacific Roundtable*, um bei einem zweijährigen Treffen verschiedener Nationen den Austausch über neue Technologien und politische Maßnahmen bezüglich der Müllentsorgung zu ermöglichen. Denn das Projekt steht vor vielen Herausforderungen. Es muss Aufmerksamkeit in der Bevölkerung geschaffen werden, neue Gesetze müssen eingeführt wer-

den und Möglichkeiten eines neuen Entsorgungssystems etabliert werden.

Gerade toxischer Müll bereitet den Projektbetreibern die größten Sorgen. Hierdurch kann das Wohlergehen der Menschen gefährdet werden. Doch auch Plastikmüll stellt eine Bedrohung für Tiere und Pflanzen dar, weshalb die Nahrungssicherheit wegen einer geringeren Biodiversität durch fehlende Müllentsorgungssysteme in Zukunft unsicher sein könnte.

Das *PacWastePlus*-Programm könnte jedoch helfen, die Lebensqualität der Menschen in den pazifischen Inselstaaten durch eine nachhaltige Müllentsorgung verbessern. Bis dahin werden jedoch noch viele Treffen und Austauschgespräche nötig sein.

(Artikel von Vera Benter.

<https://www.sprep.org/news/pacific-island-countries-move-forward-with-pacific-waste-management-programme>

<https://www.sprep.org/news/waste-department-looks-forward-to-a-busy-2020>

<https://www.sprep.org/pacwaste-plus>

KIRIBATI

I-Kiribati verliert Prozess

Der aus Kiribati stammende Ioane Teitiota hat seine Klage gegen die Ausweisung aus Neuseeland vor dem Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen in Genf verloren. Das Komitee erklärte, die bürgerlichen Rechte von Teitiota seien durch seine Ausweisung nicht verletzt worden, da sein Leben in Kiribati nicht unmittelbar bedroht gewesen wäre.

2010 hatte der damals 38-jährige Teitiota mit seiner Frau Angua Erika und drei Kindern zwischen zwei und sechs Jahren nach Ablauf seines neuseeländischen Arbeitsvisums als „Saisonkraft“ vor dem neuseeländischen *Immigration and Protection Tribunal* auf die Erteilung von Asyl als „Klimaflüchtling“ geklagt. Begründet hatte er seinen Asylantrag damit, dass die niedrig gelegenen Inseln des Kiribati-Atolls seiner Familie nur eine ungewisse Zukunft böten. Die Folgen des Klimawandels auf Kiribati, wie der Meeresspiegelan-

stieg, die Süßwasserknappheit und die Übervölkerung auf den kargen, unfruchtbaren Atollen bedrohten das Überleben seiner Familie und seien ein Grund für die Gewährung von Asyl, hatte Teitiota geklagt. Sowohl das neuseeländische Immigrations- und Schutzgericht, als auch das Berufungsgericht und der Oberste Gerichtshof hatten die Klage abgelehrt und ihn 2015 des Landes verwiesen. Im Februar 2016 hatte sich der engagierte I-Kiribati deshalb an den Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen gewandt. Er gab an, dass Neuseeland mit seiner Abschiebung nach Kiribati sein Recht auf Leben nach dem *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* verletzt habe.

Obwohl der Menschenrechtsausschuss nun zu dem Ergebnis kam, dass die Ausweisung rechtens war, heißt es in der Begründung, die Regierung von Neuseeland käme nicht umhin, bei zukünftigen Fällen dieser Art genau auf die Folgen des Klimawandels für die Betroffenen zu schauen und zu überlegen, inwiefern der Klimawandel auch ein Asylgrund sein könne.

Die internationale Menschenrechtsorganisation *Amnesty International* spricht trotz des Misserfolgs für den Mann aus Kiribati von einem wegweisenden Urteil: Das UN-Menschenrechtsgremium habe entschieden, dass Regierungen bei der Entscheidung über eine Abschiebung zukünftig auch von der Klimakrise verursachte Menschenrechtsverletzungen berücksichtigen müssen.

Das Komitee erklärte dazu wörtlich: „*Given that the risk of an entire country becoming submerged underwater is such an extreme risk, the conditions of life with dignity before the risk is realised*“.

Noch ist „Klimafucht“ kein Fluchtgrund im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention von 1954. (FAZ 30.11.2014, Radio Nz Intern. 20.01.20, <https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/neuseeland-un-menschenrechtsausschuss-staerkt-rechte-von-klimafuechtlingen>)

Kiribati wird Teil der „Belt and Road Initiative“

Neuerdings hat sich auch Kiribati in die *Global Development Strategy* von China, die so genannte „Belt and Road Initiative“, eingetragen. Kiribatis Präsident Taneti Maamau unterschrieb den Vertrag während einer Reise nach Peking Anfang Januar. Vier Monate, nachdem Kiribati die diplomatischen Beziehungen mit Taiwan abbrach, kam von China das Angebot, an dem handelspolitischen Projekt teilzunehmen, welches das Ziel verfolgt, Länder des Globalen Südens zu fördern, um den internationalen Handel mit China auszuweiten.

Kiribati erhofft sich damit neue Chancen für den Tourismus, da die Inselgruppe nun auf Chinas Liste der zugelassenen Touristenziele steht. Ein Massentourismus würde das Land allerdings nicht vertragen. Es muss noch entschieden werden, in welcher Form ein nachhaltiger Tourismus vorstattengehen könnte. Außerdem möchte Kiribati in Zukunft Nischenprodukte für den chinesischen Markt herstellen und exportieren. (Artikel von Vera Benter. <https://www.mz.co.nz/international/pacific-news/406851/kiribati-signs-mou-with-china> <https://www.mz.co.nz/international/pacific-news/407525/china-destination-approval-a-game-changer-for-kiribati-tourism>)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Unabhängige Universität darf weiter unterrichten

Tonga: Am 15. Oktober 2019 entschied der Oberste Gerichtshof des Königreichs Tonga nach einer zweiwöchigen Verhandlung, dass die seit 1975 bestehende *'Atenisi-Universität* weiter unterrichten kann, auch wenn sie nicht von der dem tongaischen Bildungsministerium unterstehenden Regulationsbehörde für Hochschulen (*Tonga*

National Qualifications and Accreditations Board, TNQAB) akkreditiert ist. Um vom tongaischen Staat als Universität anerkannt und entsprechende staatliche Subventionen zu erhalten, muss 'Atenisi aber nach wie vor die vom TNQAB festgelegten Qualifikationen zur Registrierung und Akkreditierung erfüllen.

Die Universität, die 1975 von dem tongaischen Philosophen Futa Helu gegründet worden war und in ihrem Lehrangebot das humanistische Bildungsideal des alten Griechenlands mit tongaischer Tradition und Kultur verbindet, hat seit ihrer Gründung ein angespanntes Verhältnis zur Regierung des Königreiches. Als intellektueller Schirmherr der Demokratiebewegung, die in den 1980er und 1990er Jahren Reformen der damals sehr autoritären Staatsordnung forderte, machte sich Helu das Königshaus und Teile der adeligen und bürokratischen Elite des Landes zum Feind und diese Feindschaft wirkt bis heute nach. Trotz der Demokratisierung des politischen Systems sind viele der konservativen Royalisten nach wie vor in hohen Regierungsämtern und lassen ihren Unmut gegenüber Helus Universität spüren.

Als Tonga vor etwa zehn Jahren die Regulierungsbehörde TNQAB schuf, bemühte sich 'Atenisi umgehend um eine Registrierung und Akkreditierung. Anstelle dies für die kleine Universität mit ihren begrenzten Ressourcen einfach und unbürokratisch über die Bühne zu bringen, legte TNQAB der Universität eine Hürde nach der anderen in den Weg. Beispielsweise mussten immer neue Formulare, manche davon mit dutzenden von Seiten, ausgefüllt werden, angeblich um die Lehrangebote fachgerecht analysieren zu können. Dabei sind die meisten Mitarbeiter von TNQAB Gymnasiallehrer im Ruhestand, und keiner war jemals Universitätsprofessor, d.h. sie wären zu einer fachgerechten Bewertung einer Hochschule gar nicht in der Lage. Die erhoffte Akkreditierung blieb daher Jahr für Jahr aus.

Als nicht korrekt akkreditierte Universität erhielt 'Atenisi seit mehreren Jahren keine Subventionen für ihre Studiengebühren mehr, das heißt, in 'Atenisi zu studieren, war für die Studierenden deutlich teurer als der Besuch anderer Hochschulen, wodurch die Zahl der Studierenden drastisch fiel, bis sie Mitte des letzten Jahrzehnts bei nur noch etwa 10 lag. Anfang 2018 ging TNQAB allerdings in seiner feindseligen Haltung noch weiter und verbot der Universität die Rekrutierung neuer Studierender, solange keine Akkreditierung besteht.

Gegen diese Willkürmaßnahme hatte 'Atenisi schließlich geklagt. Das Gerichtsverfahren dauerte insgesamt über ein Jahr und nach Anhörung vieler Zeugen und Gutachter kam der Richter schließlich zu der Feststellung, dass TNQAB mit dem Drohbrief seine Kompetenzen überschritten und eine nicht akkreditierte Universität freilich das Recht habe, Studierende zu unterrichten. Andererseits bestätigt das Urteil aber auch die Zuständigkeit der TNQAB, die Uni zu akkreditieren, und das Recht der tongaischen Regierung, einer nicht akkreditierten Uni die staatliche Anerkennung zu verweigern. Die erhoffte Rehabilitierung 'Atenisis als vollwertige Universität, deren Abschlüsse in Tonga anerkannt werden, blieb daher aus, und die Uni kämpft weiterhin ums Überleben. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Dr. Lorenz Gonschor. Quelle: eigene Teilnahme an der Gerichtsverhandlung, Matangi Tonga)

Demokratische Partei zerbricht: Tu'i'onetoa neuer Premierminister

Tonga: Nach dem Tod des amtierenden Premierministers und langjährigen Demokratieaktivisten 'Akilisi Pōhiva am 12. September 2019 trat das Parlament am 27. September zusammen, um seinen Nachfolger zu wählen. Der geschäftsführende Premierminister und designierte Nachfolger Pōhivas, Semisi Sika, stellte sich wie erwartet zur Wiederwahl. Doch anstelle geschlossen hinter ihrem neuen Anführer zu stehen, spal-

te sich die bisherige Regierungspartei *Paati Temokalati 'ae 'Otu-motu Anga'ofa* (Demokratische Partei der Freundlichen Inseln, PTOA) und der bisherige Finanz- und Wirtschaftsminister Pōhiva Tu'i'onetoa stellte sich als Gegenkandidat auf. Sein Flügel der PTOA verbündete sich mit der bisherigen Opposition, die während Pōhivas Amtszeit aus drei parteilosen Abgeordneten und acht der neun im Parlament sitzenden Vertretern des Adels bestand. Dieses neue Bündnis hat nun eine Mehrheit von 15 der insgesamt 26 Parlamentarier und wählte Tu'i'onetoa zum neuen Premierminister, während Sika nur acht Stimmen erhielt. Wenige Tage später stellte der neue Premierminister sein Kabinett vor, das wie erwartet aus mehreren anderen PTOA-Überläufern sowie den bisher oppositionellen drei Parteilosen und drei Adeligen besteht. Sikas Rest-PTOA bildet nun die Opposition.

Ende November wurde schließlich in einer Nachwahl die Nachfolge von Pōhiva als Abgeordneter des Wahlkreises Tongatapu 1 bestimmt. Sein Sohn Siaso Pōhiva gewann mit einer knappen Mehrheit, womit die Opposition um einen Abgeordneten anwuchs.

Die Vorgänge zeigen, dass die erst ein Jahrzehnt alte parlamentarische Demokratie in Tonga ebenso wie in den meisten pazifischen Staaten nicht auf einem stabilen Parteiensystem, sondern vor allem auf charismatischen Führungsfiguren basiert. Stirbt so eine Figur, kann sich deren Partei meistens nicht lange halten, sondern zerfällt in Gruppen von Unterstützern verschiedener anderer Persönlichkeiten, wobei vor allem familiäre Bindungen den Ausschlag geben. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Lorenz Gonschor. Quelle: Matangi Tonga, eigene Recherchen)

Tonga verliert Wahlrecht bei UN

Tonga: Das Königreich Tonga hat für das Jahr 2020 kein Wahlrecht bei der Generalversammlung der

Vereinten Nationen (UN) im September. Tonga gehört damit zu der Gruppe von insgesamt sieben Staaten, denen das Wahlrecht in der 193 Mitglieder zählenden Mitgliederversammlung entzogen wurde. Grund für den Entzug des aktiven Wahlrechts sind die Schulden, die Tonga für seine Mitgliedschaft bei den UN angehäuft hat. Ebenso wie Venezuela, der Libanon, Lesotho, Gambia, die Zentralafrikanische Republik und der Jemen konnte Tonga die Mitgliedsgebühren für das Jahr 2019 nicht zahlen und ist mit 16.000 US-Dollar bei den UN verschuldet.

Im Oktober letzten Jahres hatte UN-Generalsekretär Antonio Guterres erklärt, die Vereinten Nationen seien angesichts der mangelnden Zahlungsmoral einiger Mitgliedsstaaten in einer „*ernsthaften Liquiditätskrise*“. (*Pressemitteilung UN 12.01.20*)

Blanko-Impfpässe fehlen

Samoa: Die Krankenhausdirektoren des *Malietao Tanumafili II Hospitals* in Tuasivi und des *Safotu District Hospitals* haben sich Ende Januar beim samoanischen Gesundheits- und Bildungsministerium über fehlende Blanko-Impfpässe beschwert.

Ohne Impfpässe mit einem Nachweis über verpflichtende Impfungen ist in Samoa kein Schulbesuch mehr möglich. Zu Beginn des neuen Schuljahres nach der Weihnachtspause fehlten in beiden Krankenhäusern die entsprechenden Blanko-Formulare zum Eintragen der Impfungen.

Bildungsminister Loau Keneti Sio erklärte, er werde sich um Abhilfe bemühen, bis dahin seien die Regeln zur Schuleinschreibung gelockert.

Info: Der zum 1. Januar 2020 in Kraft getretene „*Infants Amendment Act*“ verpflichtet alle Schulkinder zu einer Reihe von Impfungen, u.a. zu einer Masernimpfung. Ohne erfolgten Nachweis können die Kinder nicht an den Schulen angemeldet werden. Sollten

Schuldirektoren trotz fehlender Impfnachweise Kinder in ihre Schulen aufnehmen, riskieren sie eine Geldstrafe in Höhe von bis zu 3.700 US-Dollar. Eltern, die sich der Impfung ihrer Kinder verweigern, können mit einer Buße in Höhe von 10.000 US-Dollar belegt werden.

Die Impfpflicht besteht für alle Schularten und ist unabhängig davon, ob es sich um eine kirchliche, staatliche oder eine private Schule handelt. (*Savali Newspaper 17.12.19, Samoa Observer 28.01.20, Radio NZ Intern. 28.01.20*)

Auswirkungen des Corona-Virus

Samoa: Aus Sorge um die Ausbreitung des Corona-Virus hat Samoa den regulären Fährverkehr zur Nachbarinsel Amerikanisch-Samoa Anfang Februar bis auf weiteres eingestellt. Die *Samoa Shipping Company* folgte damit einer Anweisung des US-amerikanischen Gesundheitsministeriums in Pago Pago (US-Samoa). Das Fährschiff „MV Lady Naomi“, das normalerweise zwischen Apia und Pago Pago verkehrt, wurde aus dem Dienst genommen.

Samoa hat Anfang März ebenfalls den Flugverkehr eingeschränkt und die Zahl der Flüge zwischen Neuseeland und Samoa um die Hälfte reduziert.

Die Staaten Vanuatu und Cook-Inseln verwehrt Kreuzfahrtschiffen die Anlandung in ihren Häfen und wiesen die Kapitäne an, die Staaten weitläufig zu umfahren. Allein für die Cook-Inseln sind in den nächsten Wochen elf Kreuzfahrtschiffe von dem Einreiseverbot betroffen. Auch Neukaledonien wird derzeit nicht mehr von Kreuzfahrtschiffen angefahren. Die fehlenden Touristen von den Kreuzfahrtschiffen haben direkte wirtschaftliche Auswirkungen auf den Tourismus-Sektor in den betreffenden Staaten. Die Cook-Inseln rechnen mit finanziellen Einbußen von mindestens 200.000 US-Dollar auf der Insel Aitutaki.

Flüge von China, Hongkong und Macau nach Guam, Palau und die Nördlichen Marianen wurden abgesagt.

Die rund 30 Pazifik-Insulaner, die als Expatriates in Wuhan (China) lebten oder sich zur Zeit des Ausbruchs des neuartigen Virus in der Region aufhielten, wurden bereits im Februar aus Wuhan nach Neuseeland evakuiert. Dort sollen die 17 Neuguineer, fünf Samoaner, vier Tongaer, zwei Fidschianer sowie jeweils eine Person aus Mikronesien und aus Kiribati zunächst für 14 Tage in Quarantäne in Whangaparaoa nördlich von Auckland bleiben.

Info: Nach Angaben (Stand: 24.03.20) des *Robert Koch-Instituts* (Bundesoberbehörde für Infektionskrankheiten) gibt es derzeit in folgenden Pazifikstaaten Corona-Infizierte: Australien (2.044), Neuseeland (155), Hawaii (53), Französisch-Polynesien (23), Guam (29, 1 Toter), Neukaledonien (10), Fidschi (4) und Papua-Neuguinea (1).

Sean Casey vom WHO's *Pacific Joint Incident Management Team* erklärte, im Falle eines Corona-Ausbruchs auf den kleinen pazifischen Inseln werde sich die Situation als schwierig erweisen. Wörtlich sagte er: „*Many Pacific countries don't have critical care capability, hospitals are relatively small, there's a limited number of health workers.*“ Die WHO unterstütze die Pazifikstaaten jedoch bei der Vorbereitung für den Ausbruch des Virus und versorge Krankenhäuser und medizinisches Personal mit Schutzanzügen und Atemmasken.

(*Radio NZ Intern 06.02.20, ABC Australia 06.03.20,*

https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Fallzahlen-international.pdf?__blob=publicationFile)

Neue Adressvergabe

Samoa: Zur Verbesserung des Postwesens hat die Regierung von Samoa Ende Januar in der Hauptstadt Apia mit der Benennung von Straßen und der Zuteilung von Hausnummern begon-

nen. Ausgehend vom Uhrenturm in der Mitte der Hauptstadt sollen langfristig alle Straßen im Umkreis von 2 Kilometern einen Namen bekommen. Straßen, die bereits einen Namen haben, aber nicht ausgewiesen sind, sollen an jeder Kreuzung ein Straßennamenschild bekommen. Außerdem sollen alle Häuser Hausnummern bekommen.

Nur allein für den Innenstadtbereich rechnen die Behörden mit 100 bis 150 neuen Straßenschildern.

Ulu Bismarck Crawley, der Minister für Umwelt und Ressourcen, erklärte, dass zukünftig jeder Straßenadresse auch eine Postleitzahl zugeordnet werden soll.

Zuständig für die Vergabe neuer Straßennamen ist das *Board of Geographic Naming* unter Leitung von Frau Fiame Naomi Mata'afa.

Für die Maßnahme hat die Regierung rund 11.000 US-Dollar zur Verfügung gestellt. (*Talanei Media* 21.01.20, *Radio NZ Intern.* 21.01.20)

Keine Brücke zwischen samoanischen Inseln

Samoa: Laut eines Berichts der *Weltbank* wird diese nicht die Verbindung der samoanischen Inseln mit einer 22 Kilometer langen Brücke unterstützen.

Der samoanische Finanzminister Sili Epa Tuioti hatte den Vorschlag Anfang Januar in das Parlament eingebracht, die Inseln Upolu, Manono, Apolima und Salafai mit einer befahrbaren Brücke zu verbinden. Laut Tuioti gäbe es bereits seit vier Jahren Überlegungen zum Bau einer solchen Brücke und man habe schon damals bei der *Weltbank* angefragt.

Diese habe jedoch andere Finanzierungsprioritäten. Derzeit unterstütze die *Weltbank* die Informations- und Kommunikationstechnologie in Samoa sowie die Maßnahmen zum Schutz vor Klimawandelfolgen. Außerdem habe die *Weltbank* ein Darlehen in Höhe von 35,75 Millionen US-Dollar gewährt, um die Infrastruktur rund um den internationalen Flughafen Faleolo auszubauen. Man werde

mit der *Weltbank* im Gespräch bleiben, versprach Tuioti, der eine solche Verbindungsbrücke als wichtiges Element der 2040 Strategie der Regierung (*Samoa 2040 Strategy*) versteht. (*Samoa Observer* 31.01.20, *Radio NZ Intern.* 03.02.20)

Lebensmittelhändler protestieren gegen Regeln

Cook-Inseln: Die Lebensmittelhändler auf den Cook-Inseln haben im Januar gegen die neue Hygienepolitik des Gesundheitsministeriums protestiert. Noch im Verlauf dieses Jahres sollen neue Hygieneregeln in Kraft treten, ließ ein Regierungsvertreter verlauten. Demnach müssen zukünftig alle Personen, die mit der Herstellung von Lebensmitteln oder im Verkauf von Nahrungsmitteln tätig sind, einen umfangreichen medizinischen Check-Up inklusive Blut- und Stuhlproben bestehen. Das Gesundheitsministerium erklärte die neue Pflichtuntersuchung damit, dass man auf den Cook-Inseln sowohl Einheimischen als auch Touristen einwandfreie Lebensmittel und Getränke in einer hygienisch reinen Umgebung anbieten wolle.

Der Präsident der Industrie- und Handelskammer (IHK) der Cook-Inseln, Fletcher Melvin, äußerte sich mit Unverständnis zur neuen Hygienepolitik. Betroffen von den Regeln seien ja nicht nur Mitarbeitende in Hotelküchen und Restaurants, sondern auch die vielen privaten Straßenverkäufer, die am Wegesrand oder in den Städten selbst gekochtes Essen anböten. Deren Existenzgrundlage hänge oft von dem Verkauf an Straßständen ab und eine verpflichtende Gesundheitsprüfung für Privatverkäufer sei viel zu kompliziert, beklagte Melvin.

Das Gesundheitsministerium habe leider keinerlei Absprache mit der IHK getroffen, man sei von der Anweisung genauso überrascht worden wie Betroffene.

Wenn man wirklich etwas an der Hygiene in der Gastronomie verbessern wolle, so müsse man bei der Ausbildung von Gastronomie-

Mitarbeitenden anfangen und hier umfangreicher schulen. Außerdem müsse man die Auflagen der Nahrungsmittelindustrie in Bezug auf die Hygienevorschriften genau überprüfen und ggf. nachbessern, riet Melvin dem Ministerium. (*Radio NZ Intern.* 20.01.20)

FRZ.-POLYNESIEN RAPA NUI

[Alle Artikel in dieser Rubrik von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Dr. Lorenz Gonschor.]

Flosse kämpft um sein politisches Comeback

Frz.-Polynesien: Der ehemalige langjährige Präsident Französisch-Polynesiens, Gaston Flosse, versucht, nach einer unfreiwilligen fünfjährigen Auszeit wieder in der lokalen Politik Fuß zu fassen. 2014 waren Flosse aufgrund einer Verurteilung in einem Korruptionsprozess seine Bürgerrechte aberkannt worden und er musste von allen Ämtern zurücktreten.

Mittlerweile ist seine Strafzeit aber abgelaufen und der nunmehr 88-jährige reichte Anfang des Jahres seine Kandidatur für das Amt des Bürgermeisters der Hauptstadt Papeete bei den im März stattfindenden Kommunalwahlen ein. Die französischen Behörden weigerten sich allerdings, die Kandidatur zu genehmigen, mit dem Argument, das Flosse, der seit Jahrzehnten eine Villa in einem Luxusviertel in einem der östlichen Vororte der Hauptstadt besitzt, gar keinen Wohnsitz in Papeete habe. Flosse behauptete daraufhin, dass er seit geraumer Zeit in einer kleinen Wohnung im Gebäude der Zentrale seiner Partei *Tahoeraa Huiraatira* in der Innenstadt wohne, die er medienwirksam von Journalisten besuchen ließ. Die Behörden legten ihm jedoch weitere bürokratische Spitzfindigkeiten in den Weg, unter anderem behaupteten sie nun, die Wohnung habe keine ausreichende Küche, woraufhin Flosse entgegnete, er koche nicht selbst und gehe stets nur auswärts essen. Gerichtsbeschwerden gegen die

Wahlbehörden wurden bisher auf mehreren Ebenen abgewiesen, so dass Flosse eine Teilnahme an den Kommunalwahlen wohl verwehrt bleiben wird.

Flosse, der lange Jahre die lokalen pro-französischen Kräfte anführte und politisch den französischen Gaullisten, insbesondere Jacques Chirac, nahestand, war in den letzten Jahren in Paris in Ungnade gefallen und hatte deshalb zunehmend antikoloniale Positionen eingenommen. Er sah daher das Vorgehen der Wahlbehörden und Gerichte als gezielte Kampagne an, den nun der Opposition angehörenden Politiker mundtot zu machen und dem amtierenden, pro-französischen Bürgermeister Michel Buillard dadurch zur Wiederwahl zu verhelfen. Tatsächlich stellt sich die Frage, ob ein nicht-prominenter Wähler, der in Papeete ein Dach über dem Kopf, aber keine funktionierende Küche hat (so wie das bei unzähligen Familien in ärmlichen Vierteln der Fall ist) den gleichen strengen Prüfungen seiner Wahlberechtigung ausgesetzt wäre. (*La Dépêche de Tahiti, Tahiti-Infos, eigene Recherchen*)

Französischer Staat versucht, Diskussion über Folgen der Atomtests zu kontrollieren

Frz.-Polynesien: Vor zwei Jahren beschloss der französische Staat gemeinsam mit der Landesregierung Französisch-Polynesiens, in Papeete ein Dokumentations- und Erinnerungszentrum für die französischen Atomtests einzurichten. Das Zentrum soll in einer ehemaligen Marinekaserne an der Hafenvorstadt beheimatet sein und neben einer Dauerausstellung verschiedene Archivalien und andere Sammlungen zur Dokumentation der Tests und ihrer Opfer enthalten. Ende 2019 wurde ein Team aus Forschern zusammengestellt, um das Dokumentationszentrum zu gestalten und eine Sammlung von Aufsätzen zu verfassen, die verschiedene Aspekte der Atomtests und ihrer Folgen

beleuchten sollen. Nächstes Jahr soll das Zentrum eröffnet und die Aufsätze der Forscher veröffentlicht werden

Problematisch an dem Vorhaben ist allerdings, dass erstens das Vorhaben fast ausschließlich vom französischen Staat finanziert und daher auch kontrolliert wird, also derjenigen Partei, die den ganzen aufzuarbeitenden Schaden selbst angerichtet hat. Es gibt daher starke Gründe zu der Annahme, dass der Auftraggeber des Projekts nicht wirklich an einer kritischen Aufarbeitung interessiert ist, sondern lediglich eine Art Feigenblatt zur Gewissensberuhigung schaffen will. Dass dies so ist, scheint auch die Auswahl der Mitarbeiter zu bestätigen: Keiner der in Tahiti bekannten renommierten Historiker und Anthropologen ist Teil des Projekts, sondern stattdessen fast ausschließlich Wissenschaftler aus Frankreich, die sich vorher nie mit dem Thema beschäftigt haben und beispielsweise kein einziges Wort Tahitisch sprechen.

Mittlerweile ist es aber auch nicht hilfreich, dass die Opfer der Atomtests von drei verschiedenen mitunter rivalisierenden Opferverbänden vertreten werden. Diese sind *Moruroa e Tatou*, der protestantischen Kirche nahe stehend, unter der Führung des langjährigen Gewerkschafters und Politikers Hiro Tefaarere (er trat Mitte letzten Jahres die Nachfolge des verstorbenen Roland Oldham an); die der katholischen Kirche nahestehende *Association 193* unter Führung des Paters Auguste Uebe-Carlson (der Anfang März die Nachfolge von Jerry Gooding antrat), sowie *Tamarii Moruroa* unter Führung von Yannick Lowgreen, wobei letzterer sich weitgehend dem frz. Staat verpflichtet fühlt und zwar Kompensation für Strahlenopfer fordert, die Atomtests insgesamt aber unkritisch sieht. Die Strategie des *Divide et Impera* (Teile und Herrsche) könnte daher in dieser Frage für den französischen Staat kaum besser funktionieren. (*La Dépêche de Tahiti, Tahiti-Infos, eigene Recherchen*)

Verletzung der Rechte von Strafgefangenen

Frz.-Polynesien: Der französische Staat ist schuldig an der Nicht-Einhaltung der Rechte von Gefangenen in Tahiti. Zu diesem Ergebnis kommt der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg.

32 Gefängnisinsassen, darunter acht Gefangene aus Tahiti, hatten 2016 gegen Frankreich Klage eingereicht ob der Verletzung der Menschenrechte in französischen Gefängnissen. Die acht Insassen aus Französisch-Polynesien hatten die räumliche Situation im Gefängnis von Faa'a Nuutania beklagt. Dieses sei komplett überfüllt. Schon damals hatte der Gerichtshof in einer Eilverordnung angeordnet, die Situation zu entzerren, doch die Behörden in Tahiti hatten sich nicht an die Vorgabe gehalten.

In Nuutania müssen sich vier Strafgefangene eine 8 bis maximal 12 Quadratmeter kleine Zelle teilen. Die Straftäter hatten sich über mangelnde Hygiene, wenig Privatsphäre bei der Toilettenbenutzung, Gestank und Ungeziefer beklagt und sich deshalb an den Europäischen Gerichtshof gewandt. Unterstützt worden war ihre Klage vom *Europäischen Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe*.

Da Frankreich der Auflage nach einer Vergrößerung der Zelle bzw. einer Aufteilung der Gefangenen und der Verbesserung der Hygiene nicht nachgekommen war, muss der Staat nun 27.000 US-Dollar Schmerzensgeld an jeden tahitischen Gefangenen zahlen.

Info: Das Gefängnis von Faa'a Nuutania war 1970 gebaut worden. Es hat Platz für 119 Strafgefangene. Zum Zeitpunkt der Klage 2016 war das Gefängnis auf Tahiti zu 185,7 % überbelegt. Im März 2017 war deshalb ein neues Gefängnis in der Nachbarschaft mit 410 Plätzen eröffnet worden.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ist ein auf

Grundlage der Europäischen Menschenrechtskonvention eingerichteter Gerichtshof mit Sitz im französischen Straßburg, der Akte der Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung in Bezug auf die Verletzung der Konvention in allen Unterzeichnerstaaten überprüft. (Artikel von Julia Ratzmann. Radio NZ Intern. 05.02.20, Entscheidung des Eurp. Gerichtshofs 30.01.20)

Streit um Management des Nationalparks

Rapa Nui: Nach zwei Jahren vielversprechender indigener Selbstverwaltung des Nationalparks von Rapa Nui kam der von der Inselgemeinschaft ernannte Direktor Camilo Rapu im Laufe des letzten Jahres zunehmend in die Kritik.

Der Zugang zum Nationalpark, der etwa ein Drittel der Inselfläche inklusive fast aller historischer Monumente umfasst und seit 1995 auf der Liste des Weltkulturerbes der UNESCO steht, war 2015 von einheimischen Aktivisten besetzt worden, um gegen die Verwaltung des Parks durch die chilenische Regierung ohne Zustimmung der indigenen Bevölkerung zu protestieren. Die Regierung hatte schließlich nachgegeben und zunächst einen basisdemokratisch gewählten Rat namens Ma'u Henua („Landpflege“) an der Verwaltung des Parks beteiligt, dann 2017 diesem die Verwaltung gänzlich übertragen.

Camilo Rapu, der 2016 von Ma'u Henua zum Direktor mit einer vierjährigen Amtszeit gewählt worden war, geriet allerdings seit Ende 2018 zunehmend in die Kritik, da ihm undurchsichtiges Finanzgebaren, Veruntreuung und Nepotismus vorgeworfen wurden. Da alle wichtigen Sehenswürdigkeiten im Gelände des Parks liegen und jeder Besucher einen Eintrittspreis von umgerechnet etwa 75 Euro zahlen muss, bildet der Park bei inzwischen etwa 100.000 Touristen pro Jahr eine lukrative Einkommensquelle. Der Direktor hat erhebliche Geldsummen zu verwalten.

Ma'u Henua spaltete sich in zwei Fraktionen, und eine davon erklärte Rapu für vorzeitig entlassen und setzte eine kommissarische Verwalterin ein. Diese wurde sogleich von den staatlichen Behörden Chiles anerkannt. Rapu klagte gegen dieses Vorgehen und das Gericht gab ihm Recht, wodurch er bis zum Ende seiner Amtszeit im August 2020 Direktor bleibt.

Während viele Leute die Kritik an Rapus Führungsstil teilen, wurde nicht nur unter seinen Anhängern der Vorwurf laut, Vertreter der chilenischen Regierung hätten den „Putschversuch“ lanciert und die Vergehen Rapus bewusst übertrieben, um damit zu versuchen, staatliche Kontrolle über den Nationalpark schleichend zurückzugewinnen. (Jahresbericht über Rapa Nui von Forrest Young in The Contemporary Pacific)

Kataster nach Brand rekonstruiert

Rapa Nui: Im Oktober 2019 stellte die von der chilenischen Regierung ernannte Gouverneurin der Osterinsel, Laura Alarcón Rapu, die rekonstruierte Neuauflage der Katasterbücher der Insel vor. Das dem lokalen Gerichtsgebäude angegliederte Katasteramt war im Januar 2019 im Zuge von Protesten gegen eine Gerichtsentscheidung niedergebrannt und die Akten fast vollständig vernichtet worden. In mühsamer Arbeit waren die Einträge mithilfe verschiedener Kopien und Abschriften rekonstruiert worden. Finanziert wurde das Projekt von der chilenischen Körperschaft für die Entwicklung Indigener Völker (CONADI).

Wie überall im Pazifik spielen Landrechte auf Rapa Nui eine zentrale Rolle und da die Insel bis heute ein Kolonialgebiet Chiles ist, sind viele durch den Kolonialismus verursachte Landprobleme nach wie vor ungelöst. Die Beschlagnahme aller Ländereien auf der Insel durch die chilenische Regierung in den 1930er Jahren bleibt ebenso umstritten wie die

Parzellierung einiger dieser Ländereien und deren Vergabe an Einheimische seit den 1990er Jahren. Die Katasterdokumente spiegeln somit nur eine Sichtweise, die des chilenischen Staates, wider, während viele Einheimische dieses System boykottieren und ihre Wohnhäuser auf ihnen traditionell zustehendem Land ohne Genehmigung der Regierung bauen.

Gleichzeitig macht der Vorfall aber auch deutlich, wie wichtig heute die Digitalisierung amtlicher Dokumente ist. Auf vielen pazifischen Inseln sind Landrechte zum Beispiel heute dadurch unklar, dass Katasterdokumente immer wieder durch Naturkatastrophen vernichtet wurden und in der Dokumentation der Landtitel deshalb Lücken bestehen. (Website der Gouverneurin von Rapa Nui, eigene Recherchen)

HAWAI'I

[Alle Artikel in dieser Rubrik von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Dr. Lorenz Gonschor.]

Erste Erfolge der Mauna Kea-Bergschützer

Die andauernde Aktion der sich selbst als Bergschützer bezeichnenden Aktivisten, die seit Juli letzten Jahres die Zugangsstraße zum 4.205 m hohen Gipfel des nach hawaiischer Überlieferung heiligen Berges *Mauna Kea* auf der großen Insel Hawai'i blockieren, um den geplanten Bau eines gigantischen Teleskops von über 50 m Höhe zu verhindern, zeigt erste Erfolge.

Während die Regierung des US-Bundesstaats Hawai'i den Baubeginn immer weiter hinauszögert, um eine gewaltsame polizeiliche Verfolgung der Aktivisten zu vermeiden, haben jetzt bereits zwei der Länder, die an dem internationalen Konsortium zum Bau des Teleskops beteiligt sind, Konsequenzen gezogen. Ende Januar erklärte Indien, dass seine Regierung Bedenken über das Bauvorhaben habe und ein alternativer, weniger kontroverser Bauplatz gesucht werden müsse. Anfang

März kündigte dann Japan an, aufgrund der Unsicherheit des Projekts seine finanzielle Unterstützung zurückzuziehen. Die weiteren Mitgliedsländer des Konsortiums, Kanada, China und die USA, halten bisher an dem Projekt fest. (*Honolulu Star-Advertiser, Hawai'i News Now, Hawai'i Public Radio, eigene Recherchen*)

US-Regierung erzwingt Schließung des Konfuzius-Instituts

Mitte letzten Jahres wurde das Konfuzius-Institut an der Universität von Hawai'i geschlossen. Wer in Zukunft in Hawai'i Chinesisch lernen will, muss sich daher nun an private chinesische Kulturvereine wenden und für die Sprachkurse zahlen, während sie vom Konfuzius-Institut kostenlos angeboten wurden.

Konfuzius-Institute sind dem Kulturministerium der chinesischen Regierung unterstehende Einrichtungen, die im Ausland chinesische Kultur und Sprache verbreiten sollen, analog zu den deutschen Goethe-Instituten, den französischen Alliances françaises oder den spanischen Cervantes-Instituten. Anders als letztere drei sind Konfuzius-Institute aber stets im Rahmen von Universitäten des Gastlandes angesiedelt, wodurch die chinesische Regierung eine Menge an Kosten und bürokratischem Aufwand (Erwerbung von Immobilien, vereinsrechtliche Registrierung, Steuerbescheide etc.) einspart.

Im Zuge der sich verstärkenden globalen machtpolitischen Rivalität zwischen China und den USA ist die Existenz der Konfuzius-Institute der amerikanischen Regierung zusehends ein Dorn im Auge. Die US-Bundesregierung drohte deswegen der Universität von Hawai'i damit, im Fall des Weiterbestehens des Konfuzius-Instituts mehrere lukrative Forschungsaufträge zu kündigen, womit die Universität zur Schließung des Instituts, das die Uni selbst gern erhalten hätte, regelrecht erpresst wurde.

Als offizielle Begründung der Schließung wurde angegeben, das Institut verbreite chinesische Staatspropaganda und sei daher mit dem Ideal einer weltanschaulich neutralen akademischen Einrichtung nicht zu vereinbaren. Angesichts hunderter Schulen, die in Hawai'i seit Jahrzehnten amerikanische Staatspropaganda verbreiten (beispielsweise werden Schüler an vielen Schulen genötigt, morgens vor Schulbeginn einen Fahneneid auf die USA zu schwören), kann man die Existenz einer einzigen Institution chinesischer Propaganda allerdings wohl kaum als ernstzunehmendes Gegengewicht sehen. (*Honolulu Star-Advertiser, eigene Recherchen*)

Erster Vorbericht der Intern. Untersuchungskommission

Ende Februar stellte die vor knapp einem Jahr von der geschäftsführenden Regierung des hawaiischen Königreichs ins Leben gerufene *Königliche Kommission zur Untersuchung amerikanischer Besatzung Hawai'is* und der im Zuge dessen begangenen Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen ihren ersten Vorbericht vor.

In dem mehr als 300-seitigen Dokument stellen der hawaiische Politikwissenschaftler und Völkerrechtler Keanu Sai, sowie die drei international renommierten Juraprofessoren Matthew Craven, William Shabas und Federico Lenzerini den Rahmen der zu erfolgenden Untersuchung dar.

Die Experten legen zunächst dar, wie das hawaiische Königreich zunächst von den USA in einem Kriegsakt militärisch besetzt und dann völkerrechtswidrig für annektiert erklärt wurde. Des Weiteren werden die Prinzipien der Genfer und Haager Konventionen, wie sie auf kriegerische Besetzung eines Landes Anwendung finden, erläutert, und die Rechte der hawaiischen Bevölkerung unter einem solchen Regime erklärt. Handlungen von Vertretern der USA, die diese Regeln verletzen, sind als

Kriegsverbrechen zu werten.

Die Dokumentation solcher Handlungen ist die Aufgabe der Kommission, die nun ihre Arbeit aufnimmt und nach einer voraussichtlich mehrere Jahre dauernden Tätigkeit einen Abschlussbericht vorlegen wird. Da die Hawai'i kontrollierenden US-Behörden den auswärtigen Mitgliedern der Kommission die Einreise verweigern, werden diese bis auf weiteres von außen arbeiten. Die Koordination vor Ort obliegt Sai.

Finanziert wird die Arbeit dieser Kommission, die mehrere zehntausend US-Dollar kosten wird, durch den Verkauf hawaiischer Staatsanleihen. (*Hawaiian Kingdom Blog, eigene Recherchen*)

AOTEAROA

† Mike Moore

Am 2. Februar starb im Alter von 71 Jahren in seinem Haus in Auckland der Politiker Michael („Mike“) Kenneth Moore (*Labour Party*).

Der am 28. Januar 1949 in Whakatāne geborene Moore hatte von 1972 bis 1996 einen Sitz im neuseeländischen Parlament. Als er mit 23 Jahren erstmals ins Parlament gewählt wurde, war er der damals jüngste Parlamentarier der Neuseeländer. Zwischen dem 9. Februar 1990 und dem 2. November 1990 war Moore Außenminister Neuseelands, von September bis November 1990 war er Premierminister. Außerdem hatte er verschiedene Ministerämter inne, u.a. das Ministerium für Sport und das Außen- und Handelsministerium.

Von Juli 1999 bis August 2002 war Moore Generaldirektor der Welthandelsorganisation. Seit Mitte 2010 bis zu seinem Schlaganfall 2015 war er der Botschafter Neuseelands in Washington (USA).

Für seine zahlreichen Bücher über Politik und Zeitgeschehen wurde der mit dem neuseeländischen Verdienstorden ausgezeichnete

Moore mit gleich fünf Ehrendoktorwürden in Wirtschaft, Handel und Recht bedacht. (*Radio NZ Intern. 02.02.20, Wikipedia*)

Streit um verwilderte Hausschweine

Die Abteilung für Naturschutz (*Department of Conservation, DOC*) bekämpft seit 1999 die Ausbreitung der verwilderten Hausschwein-Rasse „Auckland Island Pigs“, benannt nach den Aucklandinseln, auf denen diese Schweine vorkommen. Sie wurden 1807 von den ersten Wal- und Robbenjägern auf die Inseln gebracht, verwilderten und lebten dort rund einhundert Jahre weitgehend ungestört. Da sie jedoch der endemischen Flora und Fauna schweren Schaden zufügten, wurde 1999 vom neuseeländischen DOC ihre Beseitigung beschlossen. 17 Schweine wurden zum Erhalt der Rasse auf das neuseeländische Festland gebracht. Diese letzten Exemplare und ihre Nachkommen werden von der „*Rare Breeds Conservation Society*“ (RBCS) in Invercargill gehalten und gezüchtet.

Die Gesellschaft zum Schutz seltener Rassen weist auf die Vorzüge der Schweine hin: Es handelt sich um Tiere, die komplett virusfrei sind. Damit stellen die Schweine eine Quelle an Informationen für Wissenschaftler dar, die nach Heilmitteln gegen Krankheiten wie etwa Diabetes und Parkinson forschen sowie an der Nutzung von tierischen Organen beim Menschen, wie es seitens der RBCS hieß. Derzeit forschen neuseeländische Mediziner bereits an der Organverpflanzung von Nieren dieser Schweine in den Menschen.

Das DOC argumentiert hingegen, die Schäden am Ökosystem der Insel seien weitaus schlimmer als der zu erwartende Nutzen der Schweine. So plant das DOC die komplette Ausrottung der „Auckland Island Pigs“ binnen zehn Jahren im Rahmen des Projektes „*Maukahuka Pest Free Auckland Island*“.

Die RBCS hat bereits bekanntgegeben, die sich in ihrem Besitz befindlichen Schweine nicht töten zu lassen, sondern sie zukünftig - falls möglich - sogar erneut auszuwildern.

Info: Die Aucklandinseln (Auckland Islands) sind eine Gruppe von subantarktischen Inseln, die seit 1863 zu Neuseeland gehören. Die gebirgige und unbewohnte Inselgruppe vulkanischen Ursprungs wurde 1998 von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt. Die Hauptinsel *Auckland Island* liegt etwa 465 km südlich der Südinselfestlands. Mit 458,89 km² ist sie die größte Insel des Archipels. Die Insel besitzt in ihrer Nord-Süd-Ausdehnung eine Länge von 40 km und misst an ihrer breitesten Stelle rund 12 Kilometer. (*Radio NZ Intern. 17.01.20, <http://www.rarebreeds.co.nz/aucklandpigs.html>, Wikipedia*)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

Verfassungsgericht lehnt Antrag zum „Act of free choice“ ab

Indonesien: Am 12. April 2019 reichte eine Gruppe von Vertretern der papuanischen Zivilgesellschaft, der Tabernakelkirche Papuas (*KINGMI Papua*) und der Organisation *Solidarität für Frauen Papuas* (SPP) beim indonesischen Verfassungsgericht offiziell einen Antrag auf Annullierung bestimmter Paragraphen im Gesetz Nr. 12 aus dem Jahr 1969 über die damalige Bildung der Autonomieprovinz Irian Barat (heute bestehend aus den Provinzen Papua und Papua Barat) ein. Die Antragsteller argumentierten, dass die Teile des Gesetzes, die sich auf die Umsetzung des *Act of Free Choice* beziehen, den Menschenrechtsprinzipien der Verfassung der Republik Indonesien von 1945 widersprechen. Die Annullierung dieser Abschnitte hätte für die Menschen Westpapas eine er-

hebliche Bedeutung, um die Geschichte der Integration Papuas in die Republik Indonesien richtig zu stellen.

Am 6. Januar 2020 lehnte das Verfassungsgericht diesen Antrag ab. Die Richter argumentierten, dass die Antragsteller nicht die rechtliche Befugnis hätten, eine Überprüfung des Gesetzes zu beantragen, da sie durch das Gesetz Nr. 12/1969 keine Beeinträchtigung ihrer verfassungsmäßigen Rechte erfahren. Die Richter erklärten, dass die Antragsteller die Umsetzung des *Act of Free Choice* vom 2. August 1969, die in der Resolution Nr. 2504 (XXIV) der UN-Generalversammlung anerkannt wird, im Wesentlichen in Frage stellen, nicht aber das Gesetz Nr. 12/1969 selbst.

Einer der Anwälte der Antragsteller, Yan Christian Warinussi, bedauerte die Entscheidung des Verfassungsgerichts und vertrat die Ansicht, dass die Erklärung des Verfassungsgerichts unzureichend sei. Er argumentierte, dass das Gesetz Nr. 12/1969 die rechtliche Grundlage für die Staatsideologie zur unverrückbaren Einheit (*NKRI harga mati*) in Indonesien bildete, die zur Diskriminierung der indigenen Papuas - einschließlich der Antragsteller - hinsichtlich des Genusses der verfassungsmäßigen Rechte wie der Meinungsfreiheit und der Freiheit der friedlichen Versammlung und Vereinigung führte. Laut Anwalt Warinussi werden die Antragsteller die Entscheidung des Verfassungsgerichts nun prüfen und über weitere Schritte entscheiden.

Hintergrund: Historische Dokumente und Zeugenaussagen beschreiben, dass die Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Westpapas von Menschenrechtsverletzungen gegen die indigene Bevölkerung Westpapas begleitet wurde. Indonesien erhielt 1969 den Auftrag, ein Referendum über die Zukunft des Territoriums unter Aufsicht der Vereinten Nationen (UN) durchzuführen, den sogenannten "Act of Free Choice" (dt. Akt der freien Wahl). Anstatt ein Referendum nach dem Prinzip „Eine Person = Eine Stimme“ zu

organisieren, wählte Indonesien aus einer Bevölkerung von mehr als 800.000 Einwohnern einen Rat von 1.026 Stammesführern aus, die im Namen des papuanischen Volkes entscheiden sollten, ob sich das Gebiet in Indonesien integrieren oder für die Unabhängigkeit entscheiden sollte. Angesichts von Zwang und Einschüchterung gab der Rat eine einstimmige Entscheidung zugunsten der Integration Papuas in Indonesien ab.

Die Papuas bezeichnen die Abstimmung von 1969 als „*Act of No Choice*“. Die Legitimität des Prozesses wurde auch von den wenigen damals anwesenden internationalen Beobachtern, Menschenrechtsaktivisten und Rechtsexperten in Indonesien und auf internationaler Ebene in Frage gestellt. Damals nahm die UN den undemokratischen Prozess des Gesetzes lediglich „zur Kenntnis“. Dies lief auf die Anerkennung der indonesischen Souveränität hinaus (im Gegensatz zu Ost-Timor, dessen erzwungene Integration in Indonesien von den Vereinten Nationen nie anerkannt wurde). (*Westpapua-Netzwerk online 23.01.20*)

59 Tote im August und September 2019

Westpapua: Die Unruhen während der Papua-weiten Anti-Rassismus-Proteste zwischen August und September 2019 waren eines der prägnantesten Ereignisse im vergangenen Jahr. Das Westpapua Netzwerk hat eine Liste aller Opfer zusammengestellt, die bei der Serie von gewalttätigen Vorfällen ums Leben gekommen sind.

Ausbrüche von ethnischer Gewalt zwischen indigenen Papuas und Migranten, sowie gewalttätiges Einschreiten von Sicherheitskräften bei Demonstrationen hatten in weniger als einem Monat insgesamt 59 Todesopfer gefordert. Während sich die Situation in Westpapua vorläufig wieder beruhigt hat, bleibt das potentielle Risiko weiterer Gewaltausbrüche bestehen, da die Ursachen des

langjährigen Konfliktes ungelöst sind. Die indonesische Regierung hat es bisher versäumt, sinnvolle Maßnahmen gegen die Marginalisierung indigener Papuas zu ergreifen, klare Zeichen gegen Rassismus zu setzen und mit der Unabhängigkeitsbewegung in Dialog zu treten, um eine friedliche Lösung des politischen Konflikts in Westpapua zu finden.

Die Gerichtsprozesse nach den Unruhen vermochten es nicht, Gerechtigkeit für die Mehrzahl der Opfer und deren Familien herzustellen. Unverhältnismäßig niedrige Strafen für die Täter, die strafrechtliche Verfolgung von Demonstranten sowie die Kriminalisierung von politischen Aktivisten und Menschenrechtsverteidigern haben bei vielen Papuas Wut und Ärger verstärkt.

In Solidarität mit den Opfern und deren Angehörigen fordert das Westpapua Netzwerk die indonesischen Behörden dazu auf, unabhängige und effektive Ermittlungen in allen Fällen von Tötungen einzuleiten. Alle Täter sollten sich vor zivilen Gerichten in fairen und transparenten Gerichtsverfahren verantworten. (*Westpapua-Netzwerk online 27.02.20. Dort findet sich auch eine namentliche Auflistung aller 59 Opfer.*)

Bewaffneter Konflikt im Landkreis Intan Jaya

Westpapua: Nachdem zwei Angehörige des indonesischen Militärs am 17. Dezember 2019 von Mitgliedern der bewaffneten papuanischen Widerstandsbewegung *TPN PB* im Landkreis Intan Jaya getötet worden waren, hat die Armee einen groß angelegten Militäreinsatz in Intan Jaya gestartet.

Das Büro für *Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung der Allerheiligenkirche* in Papua (Kingmi Papua) berichtete von weiteren bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen indonesischen Militäreinheiten (TNI) und der *TPN PB* am 26. Januar 2020 im Bezirk Sugapa. Bei einem Schusswechsel haben TNI-

Soldaten den 27-jährigen Motorradtaxifahrer Bugalebega Kobogau erschossen. Berichten zu Folge war das Opfer nach draußen gelaufen, nachdem er Schüsse gehört hatte. Ein Schuss traf ihn tödlich am Kopf, als er in seinem Vorgarten stand. Augenzeugen glauben, dass er von einem Scharfschützen erschossen wurde – das großkalibrige Projektil zerstörte dabei große Teile des Kopfes.

Zwei weitere indigene Papuas wurden bei den Schusswechseln verletzt. Kayus Sani (34 Jahre) erlitt eine Schussverletzung am linken Bein. Er stand am Straßenrand im Dorf Yoparu, als das Geschoss ihn unerwartet am Bein traf. In Panik floh er in sein nahegelegenes Haus. Verwandte versorgten die Wunden bei ihm zu Hause, da Kayus Sani aufgrund der schweren Militärpräsenz in Sugapa Angst hatte, die Schusswunde in einem Krankenhaus behandeln zu lassen. Ein achtjähriger Junge namens Jekson Songdegau stand Berichten zu Folge vor einer Kirche in Sugapa, als eine Kugel die rechte Seite seines Unterleibs traf. Angehörigen gelang es, Jekson umgehend in eine Klinik zu bringen, wo die Wunde ärztlich versorgt wurde. Er konnte die Klinik ohne stationäre Behandlung verlassen.

Nach Angaben der Allerheiligenkirche in Papua sind 15 Dörfer von den Auswirkungen des Militäreinsatzes betroffen. Viele indigene Dorfbewohner flohen aus Angst vor Übergriffen durch das indonesische Militär.

Im Bezirk Sugapa flohen Bewohner der Dörfer Titigi, Yoparu, Bulagi und Solagama. Weitere Fälle von Vertreibung indigener Papuas wurden aus den Dörfern Kulapa und Soyagama im Bezirk Hitadipa berichtet. Im Bezirk Ugimba sollen sogar neun Dörfer von dem bewaffneten Konflikt betroffen sein. Die Vertriebenen suchten in einer katholischen Kirche in Sogapa Zuflucht oder flüchteten in die benachbarten Landkreise Nabire und Mimika. (*Westpapua-Netzwerk online 04.03.20*)

Gerichtsprozesse nach Anti-Rassismus-Protesten

Westpapua: Gegenwärtig finden am Bezirksgericht in Jayapura mehrere Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit den Unruhen in Jayapura vom 29. August 2019 statt. Die Mehrzahl der Verfahren endete mit Freiheitsstrafen für die Angeklagten. In allen Verfahren gab es Anzeichen für mangelnde Transparenz, Unparteilichkeit und Ungerechtigkeit. Einerseits wurden Angeklagte aus Papua wegen Vandalismus und Diebstahl schuldig gesprochen, obwohl viele von ihnen während der Untersuchungshaft unter Folter gezwungen worden waren, falsche Geständnisse zu unterschreiben. Andererseits hatte der Staatsanwalt in mehreren Verfahren keinerlei Zeugen oder Beweise bei Gericht vorgelegt, welche eine Beteiligung der Angeklagten an einer Straftat bewiesen hätten. Auch waren die Haftstrafen für vier Nicht-Papuas, die während der Unruhen einen Papua getötet hatten, verhältnismäßig milde.

Im Februar fanden auch die ersten Verhandlungen in mehreren Gerichtsprozessen gegen Demonstranten statt, die an Straftaten während der Unruhen in Wamena vom 23. September 2019 beteiligt gewesen sein sollen. Insgesamt hat die Staatsanwaltschaft Anklage gegen 17 Demonstranten erhoben. Neun der 17 Verfahren finden am Jayawijaya Bezirksgericht statt. Die Prozesse gegen acht weitere Angeklagte sollen am Bezirksgericht in Biak verhandelt werden. Die Staatsanwaltschaft und das Bezirksgericht in Wamena hatten aus Sicherheitsgründen eine Verlegung der Verhandlungen beantragt. (*Westpapua-Netzwerk online 02.03.20*)

AUSTRALIEN

† Roslyn Poignant

Am 7. November 2019 starb im Alter von 92 Jahren die australische Anthropologin, Historikerin und Forscherin Roslyn Betty Poignant. Bekannt wurde sie in den 1970er Jahren, als sie im *Royal Anthropological Institute* in London eine Fotografie dreier Aborigines fand, die sie nach intensiver Recherche namentlich identifizieren und deren Biographie sie aufzeichnen konnte. Die Fotografie war 1885 von dem französischen Fotografen und Ethnologen Roland Bonaparte in Paris angefertigt worden. Sie zeigte einen Mann, eine Frau und ein Kind aus dem nördlichen Queensland, wo eine Gruppe Aborigines Anfang der 1880er Jahre gekidnappt und nach Europa und in die USA verschleppt worden war, um dort bei „Völkerschauen“ und in Zirkussen buchstäblich ausgestellt zu werden.

In den Folgejahren entwickelte sich die am 12. Mai 1927 in Sydney geborene Poignant zu einer Expertin für historische Fotografien mit Menschen ozeanischer Herkunft. Sie recherchierte in detektivischer Kleinarbeit die Namen und Biographien von Aborigines, die weltweit verstreut z.B. in Zirkussen oder Völkerschauen auftraten.

Poignant studierte Geschichte und Anthropologie an der Universität von Sydney. Nach ihrem Abschluss arbeitete sie als Filmtechnikerin in der Filmindustrie. Hier editierte und schnitt sie die Filme, die der australische Linguist Ted Strehlow von traditionellen Zeremonien der Aborigines gedreht hatte.

1950 lernte sie den australischen Kameramann und Dokumentarfotografen Axel Poignant kennen, den sie 1953 heiratete. Ihrer Zeit weit voraus arbeitete das Ehepaar Hand in Hand bei der fotografischen Erschließung des Arnhem-

landes im Northern Territory. Während Axel dort fotografierte und die Filme per Luftfracht zur Entwicklung nach Sydney zu Roslyn schickte, machte diese von den Abzügen Kopien und schickte diese zurück nach Arnheimland, damit Axel die Kopien den fotografierten Menschen aushändigen konnte. Als Dank dafür nahmen die Menschen am Liverpool River in Arnheimland Axel Poignant mit einer traditionellen Initiationszeremonie (*Rom Ceremony*) in ihren Klan auf.

1956 zog das kinderlose Paar nach Blackheath in London und gehörte dort zu der Generation junger australischer Expatriates, die sich im Kunst- und Kulturleben engagierte. Axel wurde offizieller Fotograf des britischen Königshauses.

Ab 1969 reisten die Poignants mehrfach zu Völkern in Papua-Neuguinea und Tahiti. Axel fotografierte und Roslyn schrieb erklärende Texte über die Fotografierten. Später wurde das Paar vom *British Museum* in London angestellt, um die Objekte in den Museumssammlungen erstmals detailliert zu fotografieren und zu katalogisieren. Aus dieser Arbeit entstanden mehrere ethnologische Standardwerke, u.a. im Jahr 1967 „Oceanic Mythology: The Myths of Polynesia, Micronesia, Melanesia, Australia“.

Nach Axels Tod 1986 entwickelte Roslyn in ihrer häuslichen Dunkelkammer Fotos ihres Mannes und baute das „Axel Poignant Fotoarchiv“ auf. In den 1990er Jahren reiste Roslyn mit Fotografien der 1952 für ihren Mann durchgeführten Initiationszeremonie zurück nach Arnheimland. Aus der Begegnung mit den Ältesten der Aborigines entstand ein weiteres Buch.

Im Jahr 2006 wurde Roslyn Poignant für ihre fotodokumentarische Arbeit über die Aborigines im *Northern Territory* mit der Ehrendoktorwürde der Universität Sydney geehrt. (*The Guardian 16.12.19, https://en.wikipedia.org/wiki/Roslyn_Poignant*)

Hohe Auszeichnung für Professorinnen

Gleich drei australische Ethnologinnen haben Anfang des Jahres den „*Order of Australia*“ für ihre Verdienste erhalten: 1) Die 68-jährige Lenore Hilda Manderson ist Medizin-Ethnologin. Sie ist Professorin für Medizinische Anthropologie an der Fakultät für Medizin, Krankenpflege und Gesundheitswissenschaften und der Fakultät für politische und soziale Fragen der Philosophischen Fakultät der *Monash University*. Außerdem ist sie Professorin für Medizin-Ethnologie an der *School of Public Health* der *University of the Witwatersrand* in Johannesburg (Süd-Afrika). Sie hat 25 Bücher und 640 Fachartikel zu den Themen Geschlechtergerechtigkeit, Sexualität, übertragbare Krankheiten und Migration veröffentlicht. Dazu hat sie bei verschiedenen indigenen Kulturen Australiens, auf den Salomonen und in Südostasien geforscht. Zuletzt veröffentlichte sie im Verlag Routledge das „*Handbook of Medical Anthropology*“. Seit 2010 ist sie Herausgeberin der Fachzeitschrift „*Medical Anthropology*“.

2) Die 70-jährige Margaret Jolly ist Ethnohistorikerin. Sie ist Expertin für Genderfragen in Ozeanien. Jolly ist Professorin am *College of Asia and the Pacific* und Dozentin am *Institute for Gender Studies* an der *National University* in Canberra. Den australischen Verdienstorden erhielt sie für „*significant service to education, particularly to gender and Pacific studies*“.

3) Die 52-jährige Genevieve Bell ist eine australische Anthropologin, Zukunftsforscherin und Expertin für die Mensch-Maschine-Interaktion. Sie ist Professorin an der *Australian National University*.

1998 warb sie der Halbleiterhersteller *Intel* an. Sie sollte dabei helfen, die sozialwissenschaftliche Kompetenz der Forschungs- und Entwicklungslabore des Unternehmens zu stärken. Sie arbeitete dort als Kulturanthropologin und untersuchte, wie unterschiedliche Kulturen weltweit Technologien

nutzen.

2005 gründete sie Intels erstes User-Experience-Unternehmen als Teil von *Intels Digital Home Group*. 2010 kehrte sie in die Forschungs- und Entwicklungsabteilung zurück, als Intel sie zur Direktorin der Forschungsgruppe „User Experience“ machte. Ihr Team arbeitete an Fragen zu Big Data, Transportkonzepten und zukunftsweisenden Bildtechnologien. Aufgrund des Erfolges ihrer Arbeitsgruppe wurde Bell 2014 Vizepräsidentin des Unternehmens.

Anfang 2017 wurde Bell zur Professorin am *Australian National University College of Engineering and Computer Science* berufen, wo sie sich vor allem darum kümmerte, wie man Data Science mit Design und Ethnographie verbinden kann, um neue Ansätze in den Ingenieurwissenschaften zu finden. Sie legte die Vize-Präsidentschaft bei Intel nieder, arbeitete dort aber weiterhin als Senior Fellow.

Info: Der „*Order of Australia*“ ist ein staatlicher Verdienstorden, der von Elisabeth II. als Königin von Australien am 14. Februar 1975 „mit dem Ziel der entsprechenden Würdigung von Australiens Bürgern und anderen Personen für außerordentliche Dienste“ eingeführt wurde. Der Orden ist in eine generelle und eine militärische Abteilung unterteilt und hat vier Klassen zuzüglich der Medaille: 1) Knight oder Dame, 2) Companion, 3) Officer (G. Bell) und 4) Member (Jolly und Manderson).

(<https://www.lenoremmanderson.com/about/>,
https://de.wikipedia.org/wiki/Genevieve_Bell,
Sydney Morning Herald 25.01.20)

Buschfeuer zerstört Flora und Fauna auf Insel

Ende Dezember/Anfang Januar haben Buschfeuer große Teile von Kangaroo Island zerstört. Mit Hilfe der Armee und freiwilliger Feuerwehrleute gelang es jedoch, den „Kangaroo Island Wildlife Park“ mit seinen über 800 Tieren vor den Feuern zu schützen. Park-Ranger Sam Mitchell erklär-

te, es hätte sowieso keine Möglichkeit gegeben, die Großtiere des Parks, wie etwa die Wasserbüffel, rechtzeitig vor den Flammen in Sicherheit zu bringen.

In den Feuern, die bis nahe an die Stadt Kingscote kamen, starben tausende (auch seltene) Tiere. Die Kadaver werden derzeit von Angehörigen der Armee begraben. Dazu haben Soldaten tiefe Gräben ausgehoben, in denen die Tierkadaver gelegt wurden.

Besonders betroffen war der Südwesten der Insel, hier blieb nur verbrannte Erde übrig. Insgesamt gilt ein Drittel der Insel als zerstört. Zwei Tote waren zu beklagen.

Info: *Kangaroo Island* liegt vor dem Festland des Bundesstaates *South Australia*, nordwestlich der Stadt Adelaide. Die Insel ist 145 Kilometer lang, zwischen 900 Metern und 57 Kilometern breit und hat 509 Kilometer Küstenlinie. Über ein Drittel der Insel ist Naturschutzgebiet und Heimat für einheimische Wildtiere wie Seelöwen, Koalas und verschiedene Vogelarten. Es gibt fünf Wildschutzgebiete. Da die Insel frei von Kaninchen und Füchsen ist, konnten sich hier viele Tiere ohne Fressfeinde vermehren.

Der im Westen gelegene Flinders-Chase-Nationalpark ist bekannt für Pinguinkolonien, den mit Stalaktiten übersäten Höhlenbogen *Admirals Arch* und eine Küste mit markanten Felsformationen, darunter die *Remarkable Rocks*.

(*BBC News* 11.02.20,
<https://www.tourkangarooisland.com.au/>)

Rassismus im Straßenverkehr

Eine auf fünf Jahre angelegte Verkehrsstudie der englischsprachigen Tageszeitung „*The Guardian Australia*“ unter PKW-Fahrern im Bundesstaat *Western Australia* hat ergeben, dass Aborigines am Steuer 3,2 Mal öfter von Polizeibeamten angehalten, kontrolliert und mit Geldstrafen belegt werden als ‚weiße‘ Fahrer.

Wurden die Autofahrer jedoch nicht von Polizisten angehalten, sondern durch Radarfallen geblitzt bzw. von Verkehrsüberwachungskameras aufgezeichnet, fielen durchweg weniger Aborigines durch falsches Fahrverhalten wie zu schnelles Fahren auf. In der Studie heißt es dazu, hier könne man eine „*notable ethnic disparity*“ (Zitat) feststellen.

Innerhalb der fünfjährigen Studie konnten 69 % aller Fahrer im Bundesstaat erfasst werden. Die Studie kam zu dem Ergebnis, dass auf lange Sicht Aborigine-Fahrer 1,75 Mal häufiger Verkehrsstrafen erhielten als ‚weiße‘ Fahrer. In ihrem Autofahrerleben mussten Aborigines 1.260 Australische Dollar mehr an Strafgeldern zahlen als ‚weiße‘ Fahrer. Dabei handelte es sich in den seltensten Fällen um Strafzettel durch Verkehrskameras, sondern um „*by police-initiated, on-the-spot infringements*“, also um das Anhalten von Autos und die direkte Bezahlung einer Verkehrsstrafe.

6,2 Mal öfter bezahlten Aborigines ihre „Knöllchen“ nicht und häuften so gegenüber dem Staat 2.327 AUS-Dollar/pro Person an Schulden an. Unbezahlte Strafzettel können in Australien zum Entzug des Führerscheins führen. Wer ohne Führerschein am Steuer eines Autos erwischt wird, riskiert eine Gefängnisstrafe.

Die Unterschiede zwischen Aborigines und ‚weißen‘ Fahrern existierten laut Studienergebnis jedoch nicht bei der automatischen Verkehrsüberwachung durch Kameras.

Dr. Geoffrey Barnes, der bis Mitte Januar 2020 Direktor der Abteilung für Kriminologie bei der Polizei von Western Australia war, erklärte, die Studie käme ganz klar zu dem Ergebnis, dass Aborigines am Steuer durch Polizisten diskriminiert würden. Man könne hier zwar nicht von einem „strukturellen Rassismus“ der Polizisten sprechen, so Barnes weiter, trotzdem sei dieses Verhalten nicht akzeptabel. Es sei jedoch nicht Sache der Po-

izei, hier tätig zu werden. Stattdessen müsse das Kabinett entscheiden, wie mit den Ergebnissen der Studie umzugehen sei.

Dennis Eggington, Geschäftsführer der Rechtsberatungsstelle „*Aboriginal Legal Service of Western Australia*“ und selbst Aborigine, sagte, ihn schockierten die Ergebnisse nicht. Jeder Aborigine wisse um das rassistische Verhalten der Verkehrskontrolleure. Er selbst und viele seiner Bekannten kämen ständig in Verkehrskontrollen und müssten sich auch tagsüber ohne triftigen Grund einem Atem-Alkoholtest unterziehen. Dieser Alkoholtest kann jederzeit von der Polizei angeordnet werden, auch wenn es im Fahrzeug selber nicht nach Alkohol riecht.

Eggington nahm die Polizisten jedoch auch in Schutz. Sie handelten nach Vorgaben der Regierung und man dürfe jetzt nicht daherkommen und alle Polizisten des Rassismus bezichtigen. Außerdem bemühe sich die Polizei in Western Australia um ihr Image. So habe man bewusst sehr viele Aborigines als Polizisten eingestellt und diese auch des Öfteren für ihre Verdienste um Ordnung und Sicherheit mit Verdienstmedaillen ausgezeichnet. (*The Guardian Australia* 04.02.20)

Kaufland zieht sich zurück

Ende Januar 2020 kündigte der deutsche Handelskonzern Schwarz-Gruppe (u.a. Kaufland, LIDL) an, seine Expansion in Australien zu stoppen und sich auf seine europäischen Aktivitäten zu konzentrieren. In Europa gibt es aktuell 1.270 Kaufland Supermärkte.

Kaufland wollte ursprünglich 20 Supermärkte eröffnen und seine Expansion auf dem fünften Kontinent von Melbourne und Adelaide aus starten. Eigentlich sollte bereits 2021 die erste Kaufland-Filiale eröffnen, der Spatenstich zum Bau dieser Filiale war im September 2019 erfolgt. 200 Mitarbeitende sind bereits eingestellt worden, für sie wird jetzt nach fai-

ren Lösungen gesucht, hieß es in einer Pressemitteilung von Kaufland. In früheren Pressemitteilungen hatte Kaufland versprochen, 2.400 neue Arbeitsplätze in Australien zu schaffen und 523 Millionen AUS-Dollar investieren zu wollen.

Frank Schumann, kommissarischer Vorstandsvorsitzender von Kaufland, äußerte sich mit Bedauern zu der Entscheidung, nicht nach Australien zu expandieren. Man habe sich seitens der Regierung und der Geschäftspartner vor Ort sehr willkommen gefühlt, sagte Schumann.

Marktbeobachter führen den Schritt auf die schlechten Marktbedingungen im Einzelhandel zurück. Der Discount-Supermarkt LIDL, der ebenfalls zur Schwarz-Gruppe gehört, verzeichnet Einbrüche bei den Gewinnmargen. Konkurrent Aldi-Süd ist seit 2001 in Australien aktiv und betreibt dort 550 Filialen. Die größten Lebensmittel-Einzelhändler sind jedoch *Coles* und *Woolworth*. (*Sydney Morning Herald* 23.01.20, <https://www.smartcompany.com.au/industries/retail/kaufland-schwarz-group-australia/>, Wikipedia)

Mary Poppins-Museum eröffnet

Australien: In Maryborough an der Fraser Coast im Bundesstaat Queensland hat Anfang März ein Mary Poppins-Museum eröffnet. Mary Poppins ist ein Kindermädchen mit magischen Fähigkeiten und einem markanten Regenschirm.

Die Schöpferin und Autorin des Buches „Mary Poppins“, Pamela Lyndon Travers, wurde am 9. August 1899 in Maryborough geboren. In ihrem Geburtshaus eröffnete jetzt die „Maryborough Story Bank“. In der Dauer-Ausstellung „Discover the Magic of Mary Poppins“ erfahren die Besucher alles über die Schriftstellerin und ihre Romanfigur. Es werden Bilder, Skulpturen, Möbel und diverse Notizen aus dem Nachlass von Travers ausgestellt. Außerdem gibt es in dem zweistöckigen,

denkmalgeschützten Gebäude, in dem zuletzt die australische Akti-
enbank untergebracht war, ein
Theater und einen Workshop-
Bereich.

Info: In Maryborough mit seinen
rund 22.000 Einwohnern erinnert
auch eine Bronzestatue von Mary
Poppins an die Autorin. Die Ampel-
männchen an den Fußgänger-
ampeln bestehen in dem kleinen
Ort aus „Ampelfrauen“, sie zeigen
eine regenschirmtragende Figur in
einem Kleid. Touristen können
auch den zwei Kilometer langen
Maryborough Mural Trail entlang-
laufen. 37 kunstvolle Wandgemäl-
de (sogenannte „Murals“) schmü-
cken historische Gebäude der In-
nenstadt und zeigen Figuren des
Romans.

Vom 27. Juni bis 4. Juli findet das
diesjährige traditionelle *Mary
Poppins Festival* statt.

([http://www.ourfrasercoast.com.au/story-
bank](http://www.ourfrasercoast.com.au/story-bank),
<https://www.marypoppinsfestival.com.au/>)

SPORT

[Die Sport-Berichterstattung erfolgte
durch Vera Benter, derzeit Praktikantin
in der Pazifik-Infostelle.]

US-Samoa siegt im *Paradise Football Classic V Finale*

Das diesjährige *Jr. Prep Sports
(JPS) Paradise Football Classic V
Finale* am 13. Januar gewann das
Team aus Amerikanisch-Samoa
gegen die *Hawaii Fire* mit 14 zu
12. Die talentierten High School
Schüler zeigten vollen Einsatz bei
dem Spiel in Honolulu. Acht der
Spieler aus der Mannschaft von
US-Samoa wurden mittlerweile
Stipendien angeboten.

([https://www.samoanews.com/sports/team-
amerika-samoa-wins-jps-paradise-football-
classic-v](https://www.samoanews.com/sports/team-amerika-samoa-wins-jps-paradise-football-classic-v))

Guam siegt bei den *Micronesia Mens Baseball Classic*

In Mikronesien starteten die 3.
*Micronesia Mens Baseball Clas-
sic*. Guams National-Baseball-
Team gewann im ersten Spiel ge-
gen Pohnpei im *Paseo Baseball
Stadion* mit 7 zu 2. Der Spieler
Gavin Lim holte den Sieg für Gu-
am.

Im zweiten Spiel am 7. Januar
schlug Guam das Team von Kos-
rae mit 15 zu 1. Mit der 10-run-
Regel wurde das Spiel vor
Spielende wegen des großen
Vorsprungs beendet. Der Pitch-
winner des Spiels war Jarren Gu-
mataotao.

Im letzten Spiel gegen die Nördli-
chen Marianen nutzte Guam die
Chance im sechsten Inning und
hielt die Führung bis zum Ende.
Guam besiegte die Nördlichen
Mariannen in neun Innings mit 8
zu 3 und holte sich damit die
Goldmedaille der *Micronesia
Mens Baseball Classic*. Die Nördli-
chen Marianen holten Silber und
Pohnpei Bronze.

([https://www.pncguam.com/guam-advances-
to-micronesia-mens-baseball-classic-
championship/](https://www.pncguam.com/guam-advances-to-micronesia-mens-baseball-classic-championship/),
[https://www.pncguam.com/guam-wins-first-
two-games-in-3rd-micronesia-mens-
baseball-classic/](https://www.pncguam.com/guam-wins-first-two-games-in-3rd-micronesia-mens-baseball-classic/),
[https://www.postguam.com/sports/local/gua-
m-to-play-for-gold-at-p-m-
today/article_aa9aba3e-32c1-11ea-8ad7-
fff98650e094.html](https://www.postguam.com/sports/local/guam-to-play-for-gold-at-p-m-today/article_aa9aba3e-32c1-11ea-8ad7-fff98650e094.html))

Zunehmende Beleidigungen der Schieris

Die *Papua New Guinea Football
Association* (PNGFA) wandte sich
am 13. März an die Öffentlichkeit
mit der Bitte, die Schiedsrichter
aus verschiedenen Sportarten zu
respektieren. Immer öfter bekom-
men Schiedsrichter Kritik und
Drohungen durch Social Media zu
hören, so zum Beispiel auch die
Schiedsrichter der *Kumul Petrole-
um National Soccer League*
(NSL).

PNGFA-Generalsekretär Dimirit
Mileng betonte die Wichtigkeit der
Schiedsrichter im Sport und erin-
nerte daran, dass Menschen nicht
unfehlbar sind. Falls Schiedsrich-
ter jedoch tatsächlich das Spiel

absichtlich verfälschen sollten,
kann dies der PNGFA mit Belegen
gemeldet werden. Das Beleidigen
von Schiedsrichtern spricht aller-
dings gegen den Verhaltenskodex
von Papua-Neuguinea.

([https://www.pngfootball.com.pg/nsi-
secretariat-calls-on-public-to-stop-criticizing-
referees/](https://www.pngfootball.com.pg/nsi-secretariat-calls-on-public-to-stop-criticizing-referees/))

Fidschi gewinnt die *World Sevens Series* in Sydney

Am Wochenende vom 1. bis 2.
Februar fanden die *Men's World
Sevens Series* in Sydney (Austra-
lien) statt. Im Gegensatz zu nor-
malem Rugby sind bei den Se-
vens nur sieben Spieler pro
Mannschaft auf dem Spielfeld. Die
Spiele dauern maximal 20 Minu-
ten (2 x 10 min.), weshalb ein
Turnier an ein bis zwei Tagen
stattfinden kann.

Die 18. Ausgabe der australischen
Sevens gewann Fidschi nach ei-
nem spannenden Finale gegen
Südafrika mit 12 zu 10. Der *Man
of the Match* war Napolioni Bo-
laca, dem die südafrikanische
Verteidigung nichts anhaben
konnte. Der 23-Jährige holte alle
Punkte der ersten Hälfte, sodass
Fidschi in der Halbzeit 7 Punkte
Vorsprung hatte. In der zweiten
Hälfte des Spiels holte Südafrika
auf, konnte durch den Vorsprung
Fidschi allerdings nicht mehr ein-
holen.

Der Kapitän der fidschianischen
Rugbymannschaft, Meli De-
renalagi, war sehr zufrieden mit
der Leistung seines Teams. Für
ihn stand die Freude am Spiel im
Mittelpunkt.

([https://www.rnz.co.nz/international/pacific-
news/408709/sport-fiji-find-form-to-win-first-
sydney-7s-title](https://www.rnz.co.nz/international/pacific-news/408709/sport-fiji-find-form-to-win-first-sydney-7s-title))

Neuer Trainer der *Bula Boys* setzt sich hohe Ziele

Fidschis nationale Fußballmann-
schaft *Bula Boys* hat einen neuen
Trainer, nachdem Christophe
Gamel im August 2019 zurückge-
treten war.

Der ehemalige Trainer von Pa-
pua-Neuguinea, Flemming Serrits-
lev, hat große Ziele vor Augen. Er
möchte das fidschianische Team

zur besten Mannschaft Ozeaniens machen. Der dänische Fußballer sei stolz, mit den Talenten aus Fidschi arbeiten zu dürfen, sagte er in einem Interview. Serritslev möchte den Spielern vor allem Selbstbewusstsein beibringen. Nur so wüssten sie, dass sie eine Chance gegen Neuseeland, die bisher stärkste Mannschaft, haben.

Beweisen kann Flemming Serritslev sich dann bei dem *Oceania Nations Cup* im Juni.

(<https://www.rnz.co.nz/international/pacific-news/408738/sport-new-fiji-football-coach-targets-top-spot-in-oceania>)

Neuer Generaldirektor der Fiji Rugby Union

Der ehemalige Kapitän der fidschianischen Rugby-Mannschaft, Simon Raiwalui, wurde zum neuen Generaldirektor der *Fiji Rugby Union* (FRU) ernannt. Der Vorstand der FRU sei zuversichtlich, dass er den besten Kandidaten für den Posten gefunden habe, hieß es.

Der 45-jährige Simon Raiwalui übernahm bereits Trainerrollen bei *Racing Metro 92* und *Stade Français*. Bei der Rugby-Weltmeisterschaft im letzten Jahr war er als Sturmtrainer der australischen Mannschaft im Einsatz.

Am 15. Februar übernahm Raiwalui den Posten als Generaldirektor von seinem Vorgänger Geoff Webster. Raiwaluis Wissen über die Kultur und sein Verständnis der fidschianischen Rugbyspieler war ein wichtiges Auswahlkriterium für die FRU bei der Wahl des neuen Generaldirektors. Die FRU will ehemaligen Spielern mit diesem Posten die Möglichkeit geben, eine Anstellung im Bereich Coaching, Hochleistung, Entwicklung oder Betrieb zu bekommen. Raiwalui soll vor allem das Potential der *Mannschaft steigern*.

(<https://www.rnz.co.nz/international/pacific-news/408544/sport-former-fiji-captain-to-lead-high-performance-unit>)

Keine Sportveranstaltungen wegen „Corona-Krise“

Durch die Verbreitung des Corona-Virus wurden auch im Pazifik alle großen Sportevents abgesagt.

Der *Queensland Cup*, an dem 14 verschiedene Clubs teilnehmen, wurde für die nächsten 11 Wochen ausgesetzt. Die *Papua New Guinea Hunters* bleiben aufgrund der Reiserestriktionen vorerst im australischen Brisbane.

Die *Independent Interscholastic Athletic Association of Guam* (IIAAG) lässt vorerst keine schulübergreifenden Sportaktivitäten zu. Dies beinhaltet Trainings, Trainersitzungen und Wettbewerbe.

Die *Women's National Soccer League* (NFL) wurde für dieses Jahr abgesagt.

Der *Global Rapid Rugby* wurde als letzter Sportwettbewerb im Pazifik ausgesetzt, nachdem die ersten Spiele in Australien und Fidschi bereits gespielt worden waren. Die Anordnungen der neuseeländischen und australischen Regierung, dass alle Auslandsreisenden sich für zwei Wochen in Selbst-Quarantäne isolieren sollen, machte den weiteren Spielverlauf unmöglich. Es wurde noch nicht entschieden, wann der Wettkampf wieder anlaufen soll.

Die Entscheidung, die Sportevents zu verschieben oder abzusagen, wurde im Sinne der Gesundheit aller Sportler, Sportlerinnen und der Fans getroffen.

(<https://www.rnz.co.nz/international/pacific-news/412014/sport-queensland-cup-suspended-png-hunters-to-return-home>, <https://www.rnz.co.nz/international/pacific-news/411816/sport-global-rapid-rugby-suspended>, <https://www.pncguam.com/iaag-suspends-all-sports-activities/>, <https://www.nwslsoccer.com/news/article/covid-19-resources-and-updates-for-nwsl-fans>)

„TOK BILONG PASIFIK“

Atombombenausstellung

Hawai'i: Die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki organisieren in diesem Jahr in Hawai'i eine gemeinsame Ausstellung zu Atombomben und den Folgen der Atombombenabwürfe. Die Ausstellung soll Anfang Juli auf dem Museumsschiff „*Battleship Missouri Memorial*“ im Hafen von Pearl Harbor (Honolulu) eröffnet werden. 1941 griffen japanische Streitkräfte diesen US-Stützpunkt an und lösten damit den Pazifik-Krieg aus, der im Abwurf der beiden US-amerikanischen Atombomben am 6. und am 9. August 1945 seinen Höhepunkt fand.

Das ehemalige Kriegsschiff, das heute als Museumsschiff dient, spielte im Zweiten Weltkrieg eine große Rolle. Auf ihm wurde die Kapitulationsurkunde der Japaner unterschrieben und der Krieg offiziell beendet. Auf dem Museumsschiff werden 20 Objekte aus dem „*Hiroshima Peace Memorial Museum*“ und dem „*Nagasaki Atomic Bomb Museum*“ zu sehen sein. Darunter befinden sich Kleidung von Opfern und selbst gemalte Bilder von Überlebenden der Abwürfe.

Info: Die Ausstellung in Pearl Harbor läuft bis zum 3. September. Ab Anfang Oktober wechselt sie dann zur *University of Hawai'i* in Hilo. Hiroshima und Nagasaki haben bereits 59 Atombombenausstellungen in 19 Ländern gemeinsam organisiert. Die erste Ausstellung gab es 1995 in Washington (USA).

Die hawaiianische Stadt Honolulu ist seit 61 Jahren die Partnerstadt von Hiroshima.

(*Sumikai Magazin* 09.02.20, <http://www.asahi.com/ajw/articles/13111775>)

Pazifische Dokumentarfilme ausgezeichnet

Tahiti: Die Dokumentation „*Ophir*“ der 30-jährigen französischen Filmemacher Alexandre Bermann und Olivier Pollet hat beim 17. pazifischen Dokumentarfilmfestival in Tahiti den Hauptpreis der französischen Sendeanstalt *France Television* gewonnen. In der 97-minütigen Doku aus dem Jahr 2019 geht es um die Leidensgeschichte der Menschen auf Bougainville nach Schließung der Panguna-Mine, ihren Wunsch nach Frieden nach dem Ende des gewaltvollen Bürgerkriegs, die Bewahrung ihrer Traditionen und den langen Weg hin zum Unabhängigkeitsreferendum.

Den ersten Preis der Jury gewann der Film „*Merata - How Mum decolonized the screen*“. Die 84-minütige Dokumentation des neuseeländischen Filmemachers Hepeî Mita aus dem Jahr 2018 ist ein beeindruckendes Porträt seiner Mutter, der neuseeländischen Filmemacherin und Aktivistin für die Frauenrechte von Maori, Merata Mita.

Mit dem zweiten Preis wurde der 105-minütige Film „*The Australian Dream*“ des australischen Dokumentarfilmers Daniel Gordon geehrt. In der Doku geht es um den Lebensweg von Adam Goodes, dem bekanntesten Aborigine in der Profi-Fußballliga von Australien.

Auf Platz 3 wählte die Jury „*Ruahine Stories in her skin*“ der neuseeländischen Maori Hiona Henare. Die Doku zeigt die traditionelle Tätowierungszeremonie von „Mokos“ an zwei Frauen, welche sich den Ngai Tara und den Mauapoko zugehörig fühlen.

Info: Das «*Festival International du Film documentaire Océanien*» (FIFO) fand vom 1. bis 9. Februar 2020 im „Maison de la culture“ in der Hauptstadt von Französisch-Polynesien, Papeete, statt.

(<https://www.fifotahiti.com/>,
<https://www.tellerreport.com/life/2020-02-07--fif0-2020--%22ophir%22--with-the-struggling-people-of-bougainville-.BJWYv4CqGU.html>)

Seitensprünge nicht erlaubt!

Samoa: Die Regierung von Samoa hat Anfang Februar 400 Saisonarbeiter davor gewarnt, sich während ihrer Arbeit in Neuseeland „daneben zu benehmen“. Dazu gehörte neben dem Hinweis auf den Verzicht übermäßigen Alkohol- und Drogenkonsums auch die Warnung, dass Seitensprünge verheirateter Saisonarbeiter nicht geduldet würden und dass ein Verstoß dagegen den sofortigen Abbruch des Arbeitsaufenthaltes zur Folge hätte.

Bei einem Info-Treffen vor der Abreise der Saisonarbeiter erklärte die samoanische Ministerin für Handel, Industrie und Arbeit, Lemalu Nele Leilua, dass die Regierung bei Missverhalten der Saisonkräfte nicht zögern würde, diese auf eigene Kosten vorzeitig zurückzuholen.

Info: Die Saisonkräfte werden für insgesamt sieben Monate auf Obstplantagen in Neuseeland im Rahmen des Programms *Recognized Seasonal Employer (RSE)* arbeiten. Für den Rückflug in die Heimat müssen die Arbeitskräfte finanziell selber aufkommen.

Pro Saison erhalten jeweils 14.400 Arbeitskräfte aus pazifischen Inselstaaten (u.a. Fidschi, Kiribati, Nauru, Salomonen, Papua-Neuguinea) ein Visum für die Arbeit in der Landwirtschaft. Überwiegend werden die Saisonarbeiter bei der Obsternte eingesetzt. Das Vertragsabkommen zwischen Neuseeland und den Pazifikstaaten regelt auch, wie sich die Saisonarbeiter zu verhalten haben und warnt vor „missbehavior“. In diesem Fall ist der Einsatz sofort zu beenden.

(<https://www.immigration.govt.nz/about-us/research-and-statistics/research-reports/recognised-seasonal-employer-rse-scheme>, Radio NZ Intern. 06.02.20)

Polizei soll Luxusautos suchen

Papua-Neuguinea: Der für die Einsatzleitung zuständige Polizeikommandant Dennis Corcoran hat die Polizeikräfte im Land aufgefordert, sich auf die Suche nach den vermissten Luxusautos zu machen, die im Zuge des APEC-Gipfels im November 2018 nach Papua-Neuguinea gebracht worden waren.

Ein Großteil der 43 Maseratis und Bentleys sowie der Rest der 300 Fahrzeuge umfassenden Flotte war in einer leer stehenden Lagerhalle in Port Moresby geparkt worden und sollte verkauft werden. Zwischenzeitlich sind jedoch eine Vielzahl von Fahrzeugen – vor allem Fahrzeuge der Firma Toyota LandCruiser – aus dieser Halle geklaut worden.

Corcoran erklärte, die Suche nach den gestohlenen Fahrzeugen gestaltet sich schwierig. Die Fahrzeuggestellnummern seien bereits vor dem APEC-Gipfel vom neuguineischen Geheimdienst entfernt worden. Eine Identifizierung der Fahrzeuge sei jetzt nur noch über die Prüfnummer des Motors möglich.

Corcoran rief alle Polizisten zur Wachsamkeit auf und forderte sie auf, verdächtige Fahrzeuge zu kontrollieren und die Diebe gegebenenfalls dingfest zu machen.

Der Polizeipräsident von Lae, Chris Kunyanban, erklärte, er könne sofort mit der Befragung verdächtiger Personen anfangen, wenn die Kollegen aus Port Moresby ihm die Informationen zu den gestohlenen Fahrzeugen liefern würden. (*The Guardian* 05.03.20)

Plastiktüten-Verbot

Fidschi: Das zum 1. Januar 2020 in Kraft getretene Verbot der Herstellung, des Verkaufs und des Verbreitens von Einweg-Plastiktüten wird vom fidschianischen *Ministry of Waterways and Environment* nach eigenen Angaben scharf überwacht. Mitarbei-

tende des Ministeriums führen in Geschäften und bei Kunden unangekündigte Zufallskontrollen durch. Verstöße werden mit Geldbußen und im wiederholten Fall mit Gefängnis bestraft.

Der *Suva City Council* hat inzwischen mit der kostenlosen Verteilung kompostierbarer Einkaufstüten begonnen. (*Radio NZ Intern. 03.01.20*)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

[Die kirchlichen Nachrichten stammen von Vera Benter, Ethnologiestudentin/Uni Göttingen und derzeit Praktikantin in der Pazifik-Infostelle.]

AUS PAPUA-NEUGUINEA

AUS DER ELC-PNG

Verabschiedung von Diakon Matthias Troeger

Nach zehn Jahren Mitarbeit in der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Papua-Neuguinea (ELC-PNG) kehrte Diakon Matthias Troeger zurück nach Deutschland. Der Mitarbeiter von Mission EineWelt war erstmals 2007 gemeinsam mit seiner 2014 verunglückten Ehefrau Beate nach Papua-Neuguinea ausgereist. Troeger war Jugendleiter im Bereich der städtischen Jugendarbeit der ELC-PNG und hatte auch ein Musik-Projekt mit Jugendlichen initiiert.

Im Februar nahmen unter anderem der leitende Bischof Rev. Dr. Jack Urame, der stellvertretende Bischof Lucas Kedabing und der Leiter der Abteilung für Evangelisation, Elymas Bakung, an der Verabschiedungsfeier teil.

Troegers Einsatz für das Land wurde bereits mit der *Queen's Medal* ausgezeichnet. Er wünscht sich, dass auch in Zukunft die Jugend der ELC-PNG viel Aufmerksamkeit erlangt.

Seine Zeit in Papua-Neuguinea beschrieb er als eine „erfüllte Zeit mit viel Freude, aber auch großem Leid“. Am 1. April wird Matthias Träger offiziell in den Ruhestand versetzt. (*MEW Homepage, <https://www.thenational.com.pg/lutheran-church-farewells-german-missionary/>*)

AUS ANDEREN KIRCHEN

Neue Schule in Tanaka

Im März 2020 eröffnete die *Greater Heights Early Childhood Destiny School* in Tanaka im östlichen Neubritannien. Die Errichtung der Schule wurde von der ortsansässigen *Greater Heights Governing Church* veranlasst, unter Leitung von Pastor Gershon Passingan. Die Schule soll vor allem moralische Werte vermitteln. Cosmas Bauk, der Präsident der Kommunalverwaltung von Raluana, betonte, dass es wichtig sei, besonders früh mit der Vermittlung von Werten zu beginnen, um längerfristig für eine gute Gemeinschaft zu sorgen.

Die Kirche in Tanaka wurde 2008 erbaut und trägt seitdem zu einer spirituellen Entwicklung des Dorfes bei. Außerdem sorgte sie für den Ausbau des Stromnetzes in Tanaka. Mit der Gründung der neuen Schule ist es der Kirche ein Anliegen, die frühkindliche Entwicklung zu fördern und die Werte einer funktionierenden Gemeinschaft zu vermitteln.

(<https://www.thenational.com.pg/church-embraces-early-childhood-learning-development/>)

Neue Einrichtungen für Kirche in Enga

Die *Assemblies of God Kirche* in der Provinz Enga bekam ein neues Gebäude und ein Pastorenhaus. Der Bau der neuen Gebäude wurde Ende letzten Jahres begonnen. Leo Yari, ein Anführer der Aipape Awain in Wabag, schenkte der Kirche drei Hektar Land für die neuen Einrichtungen, obwohl das Land einen hohen Wert für ihn und seine Familie hat. Mit dem Geschenk möchte er sich

für sein erfülltes Leben bedanken und etwas an Gott zurückgeben. Auch der Unternehmer Pisara Pambai, derselben ethnischen Gruppe angehörig, wollte sich mit seiner Spende von 300.000 Kina für die Errichtung der Kirchengebäude bei Gott bedanken. Die Eröffnung der neuen Kirche und des Pastorenhauses wurde in Sangasabes bei Wabag gefeiert. (<https://www.thenational.com.pg/church-gets-new-building-pastors-house/>)

Corona: Verschiebungen von kirchl. Veranstaltungen

Auch in Papua-Neuguinea ist die „Corona-Krise“ angekommen. Für die Kirche hat dies ebenfalls Folgen, denn im Mai hätte das „PNG for Christ“ *Total Member Involvement Harvest Program* stattfinden sollen. Den 130 eingeladenen Predigern aus verschiedensten Ländern des Südpazifiks, die das Evangelium und die drei Engelsbotschaften präsentieren sollten, musste nun wegen der Pandemie abgesagt werden.

Für die *South Pacific Division* (SPD) der Siebenten-Tags-Adventisten und die *Papua New Guinea Union Mission* (PNGUM) war es eine schwere Entscheidung, die Veranstaltung abzusa-gen, das Risiko war ihnen allerdings zu groß. Es wurden schließlich mehrere Tausend Zuschauer und Zuschauerinnen erwartet.

Es wird noch entschieden, ob das Treffen im Mai nun mit lokalen Predigern stattfinden soll, oder ob es auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wird.

(<https://record.adventistchurch.com/2020/03/17/coronavirus-risk-forces-change-to-png-for-christ-initiative/>)

AUS DER KATH. KIRCHE

Medienwissenschaftliches Seminar der katholischen Kirche

Anfang März fand das erste medienwissenschaftliche Seminar in diesem Jahr für katholische Studierende statt. Es wurde ausge-

richtet von der *Catholic Bishops Conference Social Communication Commission* (CBC SOCOM) in Port Moresby. Das Projekt der katholischen Kirche wurde 2017 ins Leben gerufen und beinhaltet vier Seminare pro Jahr. Das Motto des Seminars am 29. Februar lautete: *"Life becomes history"*, angelehnt an die Nachricht von Papst Franziskus zum 54. *World Communication Day*, der am 24. Mai stattfindet.

Das Seminar soll die Studierenden vor allem anregen, Medien auf positive Weise zu nutzen. Neben der Mediennutzung wurden auch Umwelt und Nachhaltigkeit thematisiert. Die Umweltaktivistin und Gastsprecherin Carol Aigilo ermutigte die Seminarbesucher*innen, sich für ein umweltbewussteres Leben einzusetzen. An dem Seminar, das aus interaktiven Übungen, Diskussionen und Gebeten bestand, nahmen insgesamt neun Schulen teil.

Das nächste medienwissenschaftliche Seminar wird mit einem Schwerpunkt auf dem Schreiben von Artikeln am 28. März stattfinden.

(<https://www.thenational.com.pg/catholic-bishops-host-media-education-seminar-for-students/>)

Neuer Regionaloberer der Mariannahill-Missionare

Im September 2019 wurde in der Mariannahill Mission in Lae das Amt des Regionaloberen von Papua-Neuguinea weitergegeben. Als in den 1950er Jahren die Diözese in Lae gegründet wurde, begann auch die Geschichte der Missionsstation Mariannahill in der Morobe-Provinz, die bis zum letzten Wechsel ausschließlich von niederländischen Missionaren geprägt war.

Der vorige Amtsinhaber, Pater Alfonso, gab nun sein Amt weiter an Pater Roland Matoyi aus Papua-Neuguinea. Dieser ist somit der erste Regionaloberer, der nicht aus den Niederlanden stammt. Seine Aufgabe wird es vor allem sein, die Präsenz der Missionare von Mariannahill in Papua-Neuguinea aufrecht zu erhalten.

(<http://cmmmmariannahill.org/new-regional-superior-of-the-cmm-in-png/>)

Nach 50 Jahren kehrte die letzte Schwester zurück

Im Dezember 2019 verließ die letzte ‚weiße‘ Missionsschwester die katholische Missionsstation vom Heiligsten Herzen Jesu in Vunapope (Insel Neubritannien) und kehrte nach Hilstrup bei Münster/Westfalen zurück.

Schwester Raymunda von Tils lebte über 50 Jahre in Papua-Neuguinea. Als die gelernte Zahnarzthelferin mit 28 Jahren in den Pazifik ausgesandt wurde, ohne Englisch- und Pidginkenntnisse, erwartete sie eine Herausforderung. Heimatbesuche waren nur alle zwölf Jahre erlaubt.

Als Krankenschwester und Provinzökonomin tätig, verbrachte von Tils ihr Leben in Papua-Neuguinea, bis sie im vergangenen Jahr mit 79 Jahren aus gesundheitlichen Gründen zurück nach Deutschland zog. Die Kirche in Vunapope, welche zu den Anfangszeiten Schwester Raymundas ausschließlich mit weißen Missionsschwestern besetzt war, hat über die Jahre Einklang in der lokalen Bevölkerung gefunden, so dass heute ausschließlich Schwestern aus Papua-Neuguinea in der Missionsstation in Vunapope tätig sind.

Für Schwester Raymunda von Tils bleibt Papua-Neuguinea, auch wenn sie nun wieder in Deutschland wohnt, ihre Heimat.

(*Missionsschwestern vom Heiligsten Herzen Jesu von Hilstrup (2020): „Zeit des Übergangs“*)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Ex-Erzbischof von Papeete feiert Geburtstag

Französisch-Polynesien: Hubert Coppenrath (89), emeritierter Erzbischof von Papeete auf Tahiti, leitete die Diözese, die zu den flächenmäßig größten und fischreichsten der Welt gehört, von 1999 bis 2011.

Geboren am 18. Oktober 1930 in Papeete als Enkel eines deutschen Kaufmanns aus dem Münsterland, ging Coppenrath 1953

zum Studium nach Frankreich. Dort wurde er - als einer der ersten Polynesier überhaupt - 1957 in Poitiers zum Priester geweiht. Nach Jahrzehnten als Seelsorger machte ihn 1993 sein Bruder, Erzbischof Michel-Gaspard Coppenrath (1924-2008), zu seinem Generalvikar. Ende 1997 wurde Hubert Coppenrath von Papst Johannes Paul II. zum Erzbischof-Koadjutor ernannt. 1999 wurde er dritter Erzbischof von Papeete, als direkter Nachfolger seines Bruders.

Ein solcher Vorgang ist in der katholischen Kirchengeschichte der Neuzeit äußerst selten. Das Übersee-Territorium Französisch-Polynesien im Pazifischen Ozean verfügt über eingeschränkte politische Autonomie. Die 118 Inseln in 5 Archipelen erstrecken sich über eine Fläche von der Größe ganz Westeuropas; die gesamte Landfläche ist aber nicht größer als das Saarland und zählt nur rund 280.000 Bewohner. Zwei Drittel von ihnen leben auf der Hauptinsel Tahiti.

Im Gespräch mit der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) bezeichnete sich Coppenrath doppeldeutig als *"pecheur original"* - was man einerseits mit "origineller Fischer", aber auch als "Ersünder" übersetzen kann. Trotz unzähliger Taufen, Erstkommunion- und Firmfeiern hat er demnach Zeit seines langen Lebens auf eine regionale Spezialität verzichtet: vergorenen Fisch. (*Katholische Nachrichtenagentur 04.02.20*)

Erzbischof von Nouméa wird 75

Neukaledonien: Michel-Marie-Bernard Calvet (Maristen-Pater, 75), der Erzbischof von Nouméa, wurde 1944 in der Stadt Autun in Burgund geboren. Der Ordensmann der Maristen lebt und arbeitet seit über 40 Jahren in Ozeanien. Sein Orden stellte bereits seit der Bistumsgründung (Apostolisches Vikariat Neukaledonien seit 1847; Erzdiözese Nouméa seit 1966) die meisten Oberhirten des französischen Überseegebietes nordöstlich von Australien. 1979 ernannte Johannes Paul II. Calvet

zunächst zum Weihbischof, im Juni 1981 dann zum Erzbischof der Inselgruppe - ein Amt, das er nun schon länger als sein halbes Leben ausfüllt. Im Frühherbst 2019 erreichte Calvet die Altersgrenze von 75 Jahren, an der Bischöfe dem Papst gemäß Kirchenrecht ihren Amtsverzicht anbieten müssen. Doch bislang erreichte ihn noch keine Depesche aus dem knapp 17.000 Kilometer entfernten Rom.

Die pazifische Inselgruppe Neukaledonien votierte im November 2018 per Referendum mit 57 % der Stimmen gegen eine Unabhängigkeit von Frankreich. Präsident Emmanuel Macron sagte damals, gewonnen habe der seit mehr als 20 Jahren laufende Friedensprozess auf der Inselgruppe; verloren hätten alle Versuche, Hass, Gewalt und Angst zu verbreiten. Unter den Kanaken - Bezeichnung der polynesischen Ureinwohner von Hawaii für die Bewohner Neukaledoniens - war die Zustimmung zur Unabhängigkeit besonders groß; sie stellen aber nur knapp 40 Prozent der Bevölkerung. Paris stuft das Territorium mit dem Sonderstatus einer "Collectivité sui generis" aufgrund seiner Lage und seiner reichen Nickelvorkommen als strategisch bedeutsam ein. 60 Prozent der rund 270.000 Bewohner sind Katholiken. (*Katholische Nachrichtenagentur* 04.02.20)

Auszeichnung für Engagement in der Lutherischen Kirche

Australien: Auch in diesem Jahr fanden die *Australia Day Honours*, welche am 26. Januar verkündet wurden, statt. Hierbei handelt es sich um die Ernennungen zu verschiedenen Orden und Ehrungen, um die guten Taten und ehrenamtlichen Bemühungen der Bewohner und Bewohnerinnen Australiens auszuzeichnen. Die Honours-Liste wurde dieses Jahr vom australischen Generalgouverneur David Hurley bekanntgegeben. Mit auf der Liste standen auch Rex Packer, Meryl Packer und Jill Lange-Mohr, die sich besonders

im lutherischen Bereich engagiert haben.

Rex und Meryl Packer sind bereits seit 40 Jahren in ihrer lokalen lutherischen Gemeinde beim Erhalt des *Warrambui Retreat Centre* engagiert. Rex hatte 10 Jahre lang als Vorsitzender die Leitung (1982-1992) und Meryl beteiligte sich im Vorstand und als Kassenswartin. Beide wurden bereits als „Warrambui Legends“ ausgezeichnet. Neben der freiwilligen Arbeit in der Gemeinde war das Ehepaar auch im sportlichen Bereich ehrenamtlich tätig, weshalb Rex bereits mit der *Australian Sports Medal 2000* geehrt wurde.

Jill Lange-Mohr wurde für ihre Bildungsarbeit ausgezeichnet. Sie ist die Gründerin des *St. Peters Lutheran College* in Springfield (Queensland) und war dort Schulleiterin von 2008 bis 2018. Danach wechselte sie an die *Lutheran School Geelong* und das *Geelong Lutheran College* in Victoria, wo sie seit 2018 die Schulleiterin ist. Freiwillig engagierte sie sich in der Menschenrechtskommission zum Thema Religionsfreiheit in Australien.

Rex Packer, Meryl Packer und Jill Lange-Mohr haben sich sehr geehrt gefühlt, die Auszeichnung der *Australia Day Honours 2020* zu erhalten. (*The Lutheran*: <https://www.thelutheran.com.au/issue/march-2020/> S. 25)

Christian Studies am Yiara College

Australien: Das Yirara College ist ein Internat der lutherischen *Finke River Mission* in Australien, welches indigenen Schülern und Schülerinnen die Möglichkeit bietet, ohne langen Schulweg zur Schule gehen zu können. Das College befindet sich südlich von Alice Springs und kann von Kindern ab einem Alter von zwölf Jahren besucht werden.

Durch den lutherischen Einfluss der Mission können die Schüler und Schülerinnen einen Religionskurs (Christian Studies) belegen. Im letzten Jahr lag der Fokus

des Unterrichts vor allem auf Jesus und seiner Lebensgeschichte.

Zudem wurde das Schulmotto „*One family, God's family*“ thematisiert. Neben biblischen Texten und Gebeten wurde immer auch ein Bezug zu den heutigen Problemen in der Welt hergestellt. Schüler und Schülerinnen sollten sich in verschiedene Situationen hineinversetzen und überlegen, wie den Menschen geholfen werden kann. Auch über das Christentum hinaus wurde Spiritualität in verschiedenen Kontexten diskutiert. (<https://www.yirara.nt.edu.au/>)

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:

Arnim Doerfer (arnim.doerfer@mission-einewelt.de)

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik.
Evangelische Bank
IBAN: DE1252060410000101111
BIC: GENODEF1EK1

Quellen:

ABC • Australien-Info • Deutsche Osttimor-Gesellschaft • Contemporary Pacific • Islands Business • Marianas Variety • National Neuseeland-Info • Pacific Beat • Pacific Daily News • Papua New Guinea Mine Watch • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand • Saipan Tribune • Solomon Islands Broadcasting Association • Wantok • Westpapua-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSSTELLE

und
Mission
EineWelt

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neundettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de